

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beifüllgelehr),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,80.

Herausgeber: Joh. Stantzing, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Persina-Ausgabe
für die dreieckshälfte Petzitz oder deren Raum 80.-.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unserm Opferstein müssen alle Pläne der Unternehmer zerstören!

Inhalt: Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906. — Politische Moral. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Unionsauflage. — Das sozialpolitische Zentrum. — Maurerbewegung: Streits, Ausschreitungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Bekanntmachung des Bauvorstandes. Berichte. Aus Österreich. Aus Ungarn. Aus England. — Centralbanktransfere. — Von mir: Unfälle, Arbeitsertrag, Subventionen usw. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. Briefstosse. — Anzeigen.

Zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Auf Beschluss des letzten Parteitages findet der diesjährige Parteitag in Essens a. d. Ruhr statt. Er tritt am Sonntag, den 15. September, Abends 7 Uhr, zusammen. Aus dem gebrückt vorliegenden Bericht des Parteivorstandes wollen wir zunächst die Mitteilungen berücksichtigen, die für die Gewerkschaften von besonderem Interesse sind: Es wird da gefragt, mit großer Befriedigung sei von den Genossen der Aussgang der Debatte über den Massenstreit auf dem vorjährigen Parteitag aufgenommen worden, "weil hier die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften klargelegt wurde". Diese "Klarlegung" hat bekanntlich schon auf früheren Parteitagen stattgefunden, aber nicht so erschöpfend, als es in Mannheim der Fall war. Damit heißt es weiter:

"Die Furcht bei einzelnen Parteigenossen und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Kampf zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könne, wurden in Mannheim beigebracht. Der Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaften kann nur in der Theorie bestehen. Der Kern der Partei ist gleichzeitig in den Gewerkschaften, und es gibt keine freie Gewerkschaft, deren Mitglieder nicht größtenteils Sozialdemokraten sind. Eine gewisse Erfahrung besteht nur solange und soweit, als verschiedene Tätigkeitsgebiete für die politische und gewerkschaftliche Organisation bestehen. Der Massenstreit war aber eine Frage, der das Tätigkeitsgebiet beider Organisationen berührte."

Bekanntlich fand die Frage des Massenstreits in Mannheim eine andere Erledigung, als sie im Jahre zuvor in Jena gefunden hatte — eine Erledigung entgegen den bedenkllichen Missdeutungen; die dem Jenaer Beschluss von gewisser Seite in der Partei gegeben worden waren im sogenannten "radikalen" Sinne.

Dann wird darauf hingewiesen, daß „nicht die theoretische Erörterung gewisser Fragen allein“ die gewerkschaftliche und politische Organisation auf einem Kampfplatz zusammenführt, sondern auch der tägliche Kampf, die wirtschaftlichen Kämpfe um Fragen, die zum Teil nur durch die Gesetzgebung geregelt werden können. Es wird erinnert an den am 17. November 1906 von der Regierung eingebrauchten Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine, der die Wünsche der Streitbrecher, betreffend die Schadensersatzpflicht der gewerkschaftlichen Organisationen bei Streits erfüllen und diese Organisationen damit lähmen legen sollte. Auch der Gründung der "nationalen Arbeitervereine" und der "gelben Gewerkschaften", die den Zweck haben, die indifferente Arbeiterschaft gegen die klassenbewußte aufzubauen, wird gedacht. Ferner des Syndikatwesens und seiner Einrichtungen auf die Arbeitersbewegung:

"Die in Syndikaten vereinten Unternehmer rühmen sich, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung weniger getroffen werden. Dadurch, daß ganze Industriezweige, wie

der Kohlenbergbau und Groß-Eisenindustrie, in Syndikaten vereinigt sind, und nicht der Einzelunternehmer als Verkäufer auf dem Weltmarkt auftaucht, ist die Gefahr des Verlustes der Kundenschaft von Abnehmern ausgeschlossen. Einige Streits mithalten sich gegen das ganze Syndikat richtet mitunter also Wettstreit sein. Für diese sind daher die Mittel zu beschaffen. Andererseits besteht aber für die Arbeiter das verbindende Gefühl, daß solche Streits nie durch Anwerbung von Streitbrechern verhindert werden können. Je mehr aber die geistigen Unternehmungen den Charakter öffentlicher Einrichtungen annehmen, um so mehr wird es Aufgabe der Gesetzgebung die Mittel, die bei den Kleinunternehmern durch Streits beeinträchtigt werden, auf dem Wege der Gesetzgebung zu beseitigen. So würden die Verhältnisse zusammen, gemeinsame Tätigkeitsgebiete für Partei und Gewerkschaften zu schaffen, und zwingen so die Arbeiter, mit ihren Organisationen zusammenzuwirken. Darauf werden dann die Befreiungen der Arbeiter und die Hoffnungen der Gegner, daß es zu einem Zwiespalt zwischen Partei und Gewerkschaften kommen könnte, endgültig beseitigt."

Zum allgemeinen bestätigen die Ausführungen des Parteivorstandes den Standpunkt, den wir stets, betroffen das Verhältnis der Gewerkschaften, eingenommen haben.

Bezüglich der Frage, wie sich die Partei zu den lokalorganisierten Gewerkschaften zu stellen hat, war dem Parteivorstande vom Mannheimer Parteitag der Auftrag geworden, den Versuch zu machen, in Verbindung mit der Generalkommission diese Frage im Sinne der Resolution des Lübecker Parteitages zu regeln. Neben der Ausführung dieses Beschlusses und über das Resultat macht der Bericht folgende Mitteilungen:

"Im Einverständnis mit der Generalkommission haben wir am 28. März bei der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften angefragt, ob sie bereit sei, mit uns auf Grundlage des Mannheimer Beschlusses in Verhandlungen einzutreten. Die Geschäftskommission antwortete, daß sie sich zu solcher Verhandlung nicht autorisiert habe; sie werde aber diesbezüglich bei allen ihr angeschlossenen Organisationen eine entsprechende Umfrage veranstalten. In Vertrags kommen 12 Centralisationen und 18 lokale Organisationen. In der Umfrage wurden den Organisationen folgende Fragen vorgelegt:

1. Soll die Geschäftskommission im Sinne des Parteivorstandsschreibens überhaupt in Verhandlungen treten?
2. Ist in Eurer Organisation Meinung vorhanden, sich mit dem zuständigen Centralverbande zu verbinden?
3. Werbet Ihr unter Umgehung der Geschäftskommission in Verhandlungen treten, den Anschluß Eurer Organisation an die Centralverbände befreien?

Am 31. Mai teilte uns die Geschäftskommission das Ergebnis dieser Umfrage mit. Die Frage 1 wurde von 5 Organisationen mit Ja beantwortet, von einer nur bedingungsweise; eine überließ es der Geschäftskommission und eine weitere wollte erst später Stellung nehmen. Die Fragen 2 und 3 wurden von 2 Organisationen bejaht. Am Schlusse ihres Schreibens bemerkte die Geschäftskommission:

"Indem wir dem Parteivorstand dieses Resultat unterbreiten, stellen wir zu gleicher Zeit anchein, die Schlußselber zu ziehen und nach eigenem Ermeben handeln zu wollen."

Deutlicher erklärte sich die Geschäftskommission in einem Artikel in Nr. 26 der "Einigkeit" vom 23. Juni. Es wurde darin die mit uns in der Sache geführte Korrespondenz veröffentlicht und am Schlusse folgendes bemerkt:

"Für uns ist diese Angelegenheit hoffentlich bis zum 8. Kongress erledigt, wenigstens haben wir nicht Lust, durch fortwährende Einigungsbücher usw. von außen her die Fortentwicklung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften fören und schädigen zu lassen und dabei noch selber mitzuholen. Wenn das Programm und die Anfragen, die in der Freien Vereinigung vertreten und propagiert werden, nicht soviel und wer befriedigt um des lieben Friedens und anderer Gründe willen in die reformerischen Centralverbände, die sich der Pro-

tection der sozialdemokratischen Partei und deren gesamten Vorstände einfließlich der Kontrollkommission, erfreuen, unterziehen will, der mag gehen. Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Verhältnisse des 7. Kongresses, trotz Lübeck, Mannheim und trotz Eisen."

Mit solidarischem Gruss

Für die Gewerkschaftskommission: Fritz Kater.

Der Parteivorstand hält es für zweckmäßig, trotzdem noch einen weiteren Versuch zu unternehmen und würde sich in einem Schreiben direkt an sämtliche der Geschäftskommission angehörige Organisationen wenden. In diesem Schreiben hat der Parteivorstand unter Hinweis auf die durch die Verhältnisse gebotene Notwendigkeit der Einheit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsorganisationen dringend erfuhr, nach einmal die in Frage kommenden Parteitagsbeschlüsse ernstlich in Erwägung zu ziehen und ihm mitzuteilen, ob sie zu Verhandlungen bereit seien. Das Ergebnis dieser Umfrage lag bei der Abschrift des Berichts noch nicht abgeschlossen vor.

Die zentralorganisierten Gewerkschaften haben aber ein erhebliches Interesse daran, daß diese Frage endlich ihre Entscheidung im Sinne der Lübecker Resolution findet. Der Essener Parteitag sieht sich wieder vor Anträge gestellt, die diese Entscheidung fordern. Ein Antrag von Berlin IV lautet:

"In Erwägung, daß die zunehmende Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und in Verbindung damit die wachsende Ausbreitung der Unternehmerorganisationen die Errichtung der Gewerkschaftsorganisationen zur Notwendigkeit macht;

in weiterer Erwägung, daß unter dieser Voraussetzung für die Parteigenossen nur eine einzige Organisation ihres Berufes in Frage kommen kann und jede Sonderbündelung nur zum Schaden der gewerkschaftlichen Kämpfe gereicht, erwartet die Generalversammlung vom Parteitag, daß letztere statt und klar den Gedanken der Notwendigkeit einer einheitlichen gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck bringt und den Appell an die lokalorganisierten Gewerkschaftsgenossen richtet, sich den Centralverbänden anzuschließen."

In einem Antrag von Sachsen-Altenburg heißt es:

"Die Lokalisten entfalten nun auch in der Provinz das die Arbeiterschaft so sehr schädigende Kreieren und gründen zum Gaudium unserer Gegner ihre 'sozialistischen Centralorganisationen', die unter heutigen Verhältnissen höchst der Arbeiterschaft doch nur Bant und Streit herboraurufen geeignet sind.

Viele Mitglieder der lokalistischen Vereine haben seit dem Mannheimer Parteitag und insbesondere während der letzten Reichstagswahl eine solch partizipierende Tätigkeit entfaltet, daß man das als offenen Verrat an der Arbeiterschaft ansehen muß. Diesem Kreieren muß schon deshalb ein Ende gemacht werden, weil die Führer der Lokalisten dahinter stehen und die Partei jetzt genau so wie selber die Gewerkschaften auseinander zu sprengen beabsichtigen.

Die Altenburger Parteiorganisationen verlangen deshalb vom Parteivorstand und dem Essener Parteitag eine klare und endgültige Entscheidung in dieser Streitfrage."

Die Parteiorganisation von Teltow-Beeskow erachtet die Verhandlungen mit den lokalorganisierten Gewerkschaften noch nicht für abgeschlossen und wünscht, daß der Parteivorstand beauftragt wird, die Einigung verhandlungen fortzuführen. Nach den gemachten Erfahrungen haben wir uns davon nichts versprechen. Der Parteitag wird sich nach den näheren Mitteilungen des Parteivorstandes wohl ein Urteil darüber bilden können, ob solch eine weitgehende Rückbildung notwendig und erforderlich ist. Nach unserem Ermeben hätte schon der Mannheimer Parteitag die Entscheidung treffen müssen. Jetzt die Entscheidung abermals auf ein Jahr zu vertagen, halten wir für verfehlt.

Über die Maifeier in diesem Jahre sagt der Bericht, sie sei trotz mancherlei ungünstiger Umstände so glänzend verlaufen, wie in irgend einem Vorjahr:

"In den Orten, wo Ullküsse erlaubt waren, gestaltete sich zu imposanten Demonstrationen. Versammlungen fanden mehr als in den Vorjahren statt, und aus allen Gegenden berichteten die Genossen über starke Besuch und begeisterte Stimmung. Die Arbeiter Deutschlands bewiesen, daß sie für die Verwirklichung der Forderungen eintreten, die in allen Ländern am 1. Mai gestellt werden."

Wieder ist der Aufruf des Parteivorstandes vom 16. April 1907 in der Parteipresse und in Versammlungen angegriffen worden, weil in dem Aufruf davon abgesehen wurde, dort Arbeitsruhe einzutreten zu lassen, wo große Aussperrungen in sicherer Aussicht standen.

Der Bericht legt nun dar, daß das, was in dieser Hinsicht in dem Aufruf gesagt wurde, den Beschlüssen der Parteitage und des Internationalen Kongresses in Amsterdam entspricht. Der Schlüpfel der Amsterdamer Resolution lautet:

"Der Kongress macht es deshalb sämtlichen proletarischen Organisationen aller Länder zur Pflicht, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben und überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeiterinteressen möglich ist, die Arbeit ruhen zu lassen."

Der Bericht führt aus, daß vor dem 1. Mai eine Anzahl Lohnkämpfe fielen, bald nach dem 1. Mai große Lohnkämpfe, Streiks und Aussperrungen (so der Berliner Bauhandwerker) in Aussicht standen, sowie daß die Steigerung der Lebensmittelpreise den Ausbruch einer großen Zahl Einzellempfe erwartet ließ. Dann wird hinzugefügt:

In solchen Situationen lieben es die Unternehmer, ihre "Gegnerschaft gegen die Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen hinter politischen Vorwänden zu verstecken. Einfache Lohnkämpfe sucht man zu politischen Machtsfragen umzulösen und sich so die Sympathien der Kreise zu erwerben, die bei einfachen Lohnkämpfen gleichgültig beobachtet stehen und in vereinzelten Fällen gar auf Seite der Arbeiter treten. Um dieses Treiben der Unternehmer zu durchstreuen und die Gewerkschaften in der schwierigen Situation vor weiteren Verlegenheiten zu bewahren, wurde der angegriffene Passus in den Aufruf aufgenommen. Wenn der Satz praktische Bedeutung haben soll, daß von der Arbeitsruhe die Abstand genommen werden kann, wo durch die Arbeitsruhe eine Schädigung der Arbeiterinteressen zu erwarten ist, dann ist es zweifellos da aufzutreffen, wo man mit Sicherheit annehmen kann, daß die Arbeitsruhe vom Unternehmertum benutzt wird, um Lohnkämpfe größeren Stils auf einem für sie günstigen Terrain zu probotieren."

Nach dem Bericht des Parteivorstandes hat die Parteiorganisation einen glänzenden Aufschwung genommen. Die Mitgliederzahl stieg von 384 377 im Jahre 1906 auf 530 466 im Jahre 1907. Das ist eine Zunahme von 38 p. 100. So wurde die Sozialdemokratie durch die Reichstagsneuwahlen, denen der Bericht auch ein Kapitel widmet, "niedergeritten".

Der Wahlkampf hat im ganzen Reich eine Gesamtausgabe von rund M. 1 570 000 erfordert, wovon M. 412 118,29 von der Zentralfazette getragen worden sind. Von der letzteren Summe sind M. 393 840,49 den Bezirks- bzw. Landesorganisationen als Zusatzfuß ge währt worden.

Der Stand der Parteipresse hat im Bericht infolge verspäteter Einkäufens der Geschäftsbücher noch nicht zahlenmäßig festgestellt werden können. Doch ist mit Sicherheit zu sagen, daß sie im letzten Jahre große Fortschritte gemacht hat.

Der Kassenbericht weist eine Einnahme der Zentralpartiefazette im abgelaufenen Geschäftsjahre von M. 1 003 819 nach. Zum ersten Male hat die Einnahme eine Million überschritten. Der Kassenbestand war M. 1 360 418. Die Ausgabe insgesamt belief sich auf M. 1 358 122. Davon entfielen auf Wahlagitation M. 459 501, auf allgemeine Agitation M. 189 089, auf Preßunterstützungen M. 187 866, auf Darlehen an in der Entwicklung begriffene Parteigeschäfte M. 208 093, auf die Parteischule M. 66 616, auf Gehälter und Verwaltungsausgaben M. 34 667, auf Prozeßkosten M. 11 609 usw. Alles in allem konstatiert der Bericht eine erfreuliche Entwicklung der Partei.

Auch der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion liegt dem Parteitag im Druck vor.

Jedebfalls erleichtert die vorherige schriftliche Berichterstattung die Verhandlungen ganz bedeutend.

Bereits sind 72 an den Parteitag gerichtete Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung veröffentlicht worden. Dutzende werden noch hinzukommen. Einige der Anträge fordern, daß der Parteitag erklärt, jeder Parteigenosse hat sich bei Stichwahlen zwischen Kandidaten bürgerlicher Parteien unbedingt der Stimme zu enthalten. Nach unserer Überzeugung würde es ein schwerer taktischer Fehler sein, so zu beschließen. Die sozialdemokratische Partei kann und

darf sich nicht in solcher Weise festlegen, ohne wichtige Volks- sowie eigene Interessen aufs Spiel zu setzen. Von Fall zu Fall muß die Entscheidung, ob man bei Stichwahlen das "kleine Nebel" unterstützt, erfolgen. Es ist denn doch nicht einerlei, ob ein Barentiusmann oder ein entschiedener Liberaler, der Garantien dafür bietet, das er die Wollsfreiheit, das gemeinsame Recht, das Wahlrecht, das Koalitionsrecht u. v. verteidigt, in den Reichstag gelangt, oder ein Reactionär, der ein Feind der Freiheit und des Rechtes ist.

Doch auch die Alkoholfrage auf dem Parteitag zur Verhandlung gelangen soll, erachten wir nicht als eine Konzeßion an die Abstinenzbewegung, nicht als einen Verbiß, die Partei in den Dienst dieser Bewegung zu stellen. Mit einem etwaigen Versuche, das zu tun, würde man wohl auch kein Glück haben. Es kann sich vernünftigerweise nur darum handeln, durch Velehrung und durch das Bemühen, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, gegen die Verwaltungen anguläppen, die der übermäßigie, der unfrüngige, der unzeitige Alkoholgenuss bewirkt. Abstinenzfanatismus zu propagieren, kann und darf nicht Sach der Partei sein. Wir glauben überzeugt zu dürfen, daß der Parteitag in diesem Sinne entscheiden wird.

Indem vor dem in Essen versammelten Jahrestagsparlament der deutschen Sozialdemokratie unser herzlichen Gruß enthalten, verbinden wir damit den Wunsch, daß er gute, fruchtbringende Arbeit leisten möge.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1906.

III.

Um das Bild von der Gewerkschaftsbewegung zu vervollständigen, müssen wir noch einen Blick auf die uns mehr oder minder feindlich gestimten Gewerkschaften werfen. Da ist zunächst die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" (die sogenannten Lokalisten). Genaue Angaben über den Stand der Organisation kann die Generalkommission nicht machen. Nach der Schätzung der Vorstände der Zentralverbände hatte die genannte Vereinigung im Jahre 1906 etwas über 18 000 Mitglieder, die sich auf folgende Berufe verteilen: Maurer 3000, Zimmerer 8000, Handels- und Transportarbeiter 1600, Bauhülfearbeiter 1500, Steinäbeiter 1000, Töpfer 700, Küchener 500, Hafenanarbeiter 350, Gemeindearbeiter 315, Böttcher 300, Bäckermutter 300, Tegularbeiter 200, Maler 150, Hotelbäcker 110, Bäckers 50, Süttefature 40, Tapetier 80; zusammen 13 145 gegenüber 27 786 im Jahre 1905. Durch den Anschluß des Verbandes der Berliner Kaufleute an den Verband der Handels- und Transportarbeiter ist die Zahl der Mitglieder lokaler Vereine in diesem Berufe von 12 000 im Jahre 1905 auf 1600 im Jahre 1906 zurückgegangen. In der Metallindustrie waren für 1905 4200 Mitglieder angegeben, während für 1906 keine Angabe gemacht ist. Es läßt sich bei den unsicheren und wechselnden Angaben bezüglich dieser Organisationen nicht sagen, ob abgesehen von dem Berufe der Handels- und Transportarbeiter tatsächlich ein Verlust von Mitgliedern in dieser Organisationsgruppe eingetreten ist.

Die übergroße Mehrheit der Mitglieder dieser Vereinigung wohnt in Berlin und seiner näheren Umgebung.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatten 1906 in 2140 Ortsgruppen 118 508 Mitglieder gegenüber 117 097 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von nur 1411. Die Gesamtausgabe betrug M. 1 404 074, die Ausgabe M. 1844 277. Der "Gewerksverein", das Organ der Hirsch-Dunderschen, gibt die Ausgabe mit M. 1 400 182 an, doch sind hier fälschlicherweise die angelegten Gelder im Betrage von M. 56 955 eingerichtet. An Kassenbestand verblieben am Jahresende in der Gewerkschaften M. 1 318 413, in Kranken- und Begräbnissälen M. 1 372 851, in Begräbnissälen M. 935 316, zusammen M. 3 626 082. — Abgesehen von den Gewerkschaften der Maschinenbauer, Kaufleute und Fabrikarbeiter kommen die einzigen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 48 190, Kaufleute 18 628, Fabrikarbeiter 1183, Tischler 6934, Tegularbeiter 6299, Schuhmacher 5300, Schneider 4650, Bergarbeiter 2509, Tabakarbeiter 1900, Graphische Berufe 1899, Töpfer 1774, Bäckerei 1222, Frauen und Mädchen 792, Bildhauer 451, Brauer-Berlin 445, Konditoren 298, Schiffszimmerer 251, Brauer-Hamburg 188, Kellner 84, Brauer-Stettin 50, Reepschläger 47.

Die zu einem sogenannten Gesamtverband gehörenden christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3045 Ortsgruppen 247 116 Mitglieder gegenüber 188 106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 59 010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21 646 weibliche. Die Jahresausgabe dieser Gewerkschaften betrug M. 3 878 883, die Ausgabe M. 2 709 280, der Kassenbestand am Jahresende

M. 2 870 782. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan M. 275 260, Agitation M. 262 787, Streit- und Gewährzeitenunterstützung M. 888 495, Rechtsbüch M. 61 233, Reise- und Arbeitslosenunterstützung M. 84 464, Krankenunterstützung M. 265 485, Sterbegeld M. 186 994. Sonstige Unterstützung M. 12 494, Bildungsförderung M. 15 208, Beitrag an den Gesamtverband M. 85 470, Ge halte M. 76 681 und an Verwaltungskosten M. 124 977.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 78 542, Bauhülfearbeiter 86 459, Tegularbeiter 84 681, Metallarbeiter 24 744, Papierische Eisenbahnarbeiter 22 155, Hölz- und Transportarbeiter 18 028, Holzarbeiter 10 222, Keramikarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6437, Heimarbeitervinnen 3600, Schuh- und Leberarbeiter 8250, Schneider 8124, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2714, Maler und Kunstmaler 2577, Graphisches Gewerbe 1060, Bayerische Salinenarbeiter 823, Krankenpfleger 642, Gärtner 870, Bäder 472. Neben diesem Gesamtverband christlicher Gewerkschaften existieren noch eine Reihe "unabhängige" Gewerkschaften, die als "christlich" gelten wollen, und zwar: der Verein deutscher Eisenbahnerwerber mit 85 000 Mitgliedern, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Oberschlesien) 10 000, Bayerisches Postpersonal 9439, Badische Eisenbahnarbeiter 8700, Württembergisches Eisenbahnarbeiter 7845, Württembergisches Postpersonal 2557 Mitglieder. Diese Organisationen hatten eine Jahreszunahme von M. 266 082, eine Ausgabe von M. 268 478 und am Jahresende einen Kassenbestand von M. 235 162.

Damit ist aber die Berßplitterung der Arbeiterbewegung noch nicht zu Ende; wir haben noch weiterer 24 "unabhängige" Gewerkschaften zu erwähnen: Goldhülfesellisten mit 10 000 Mitgliedern, Bibliotheksmeister 12 000, Bergarbeiter 10 000, Eisenbahnarbeiter (Süddeutsche) 9153, Handelschiffsschiffer 5500, Maschinenfitter (Sächs. Verband) 5000, Bureauangestellte 4000, Brauer 2000, Gemeindearbeiter 1770, Beijner 911, Bäder 900, Konditoren 600, Fotographen 600, Gräberarbeiter der Stoffdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 350, Tegularbeiter (Rheinischer Verband) 300, Buchdrucker-Hölz- und Transportarbeiter 200, Dachdecker 200, Fotographen 150, Buchbinder 120, Hotelbäcker 110, Bäckersortierer 80, Asphaltarbeiter 60, Sattler mit 50 Mitgliedern.

Neben all diesen "Gewerkschaften" werden noch viele Berufsvereine mit Tausenden von Mitgliedern bestehen, da sie aber für den gewerkschaftlichen Kampf so gut wie gar nicht in Betracht kommen, müssen die Mitgliedszahlen hier ausscheiden. Wir sind der Meinung, daß man auch die anderen "unabhängigen" Vereine, sowohl die "neutrale" wie "christliche", "unabhängigkeit", nicht eigentlich zu den Gewerkschaften zählen kann, da sie aber in der Statistik der Generalkommission aufgeführt werden, wollen auch wir hier nicht ausscheiden. — Die genannten sechs Gruppen: Zentralverbände, Freie Vereinigung, Hirsch-Dundersche Gewerkschaften, Christliche Gewerkschaften, Christliche Unabhängige und ganz Unabhängige, hatten 1906 insgesamt 2 215 165 Mitglieder gegenüber 1 819 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395 224. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 844 906, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1411, die Christlichen Gewerkschaften 59 010 und die "unabhängigen Vereine" 8262. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu den Zentralverbänden um 26,6 p. 100, an Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften um 20,8 p. 100 und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um 1,2 p. 100. Neheneinander gestellt, ergibt sich folgendes Bild.

Name der Gewerkschaft	Mitgliederzahl		
	1905	1906	Zunahme
Zentralverbände	1344803	1689709	344906
Freie Vereinigung	27736	13145	—
Hirsch-Dundersche Gewerkschaften	117097	118508	1411
Christliche Gewerkschaften (Gesamtverbände)	188106	247116	59010
Christliche Gewerkschaften (Unabhängige)	76926	78132	—
Unabhängige Vereine	65262	73544	8282
Summa	1819930	2215165	413609 18835
			Summe 395224

Die Entwicklung der drei durch die Weltenschauung ihrer Mitglieder am schärfsten getrennten Gruppen seit dem Jahre 1900 zeigt folgende Zusammenstellung:

Jahr	Mitgliederzahl der		
	Bentz- ver- bände	S.-D. Gewer- kschaften	Christli- che Ge- werks- chaften
1900	680427	91661	159770
1901	677510	96765	160773
1902	733206	102851	179799
1903	887698	110215	192807
1904	1052108	111889	207484
1905	1844803	117097	265032
1906	1689709	118508	320248

* Im Jahresdurchschnitt. * Influsse der christlichen Unabhängigen.

Die Jahreserstattungen und Ausgaben, sowie der Kassenbestand am Jahresende 1906 stellen sich in den drei Organisationen, insl. der christlichen Unabhängigen, wie folgt:

Name der Organisation	1906		
	Jahres-einnahme M.	Jahres-ausgabe M.	Bemögens- bestand M.
Zentralverbände	41602939	36963413	25312634
Hirsch-D. Gewerkschaften	1404074	1844277	3626082*
Christliche Gewerkschaften	3878383	2709260	2370782
Christliche Unabhängige	266082	266478	235162
Summa	46651878	41285428	31544680

* Davon in Gewerkschaften nur M. 1818415. Der Rest ist in Renten- und Begegnungsstätten festgelegt.

Für Unterstützungen und Streiks ver- ausgaben:

Name der Organisation	1906					
	Mit- glieder- zahl	Für Rechtschaf- fe und Unterstützungen insgesamt pro Kopf	Für Auskunfts- rechte und Gesetzesregelte- ile insgesamt pro Kopf			
Zentralverbände	1689709	4870143	2,88	14548620	8,61	
Hirsch-D. Gewerkschaften	118508	222507	1,88	442262	3,78	
Christliche Gewerkschaften	247116	108191	0,44	858435	8,45	

In dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wird ihre Zukunft also geschilbert:

"Wir haben uns noch nie der Illusion hingegeben, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung in ihrer äußeren Entwicklung durch unsere Organisationen in nächster Zeit erreicht oder übertroffen werden könne. Dafür fehlen noch die äußeren Voraussetzungen (Umfang und Alter der Organisationen, Zahl der Kräfte, Mittel zur Agitation). Hält die Mitgliederentwicklung der letzten Jahre an, werden die sozialdemokratischen Gewerkschaften bald 2½ Millionen, die christlichen dagegen circa 500 000 Mitglieder zählen. Und diese halbe Million bildet dann den Regulator sowohl gegenüber schärfmacherischen Plänen wie auch zur politischen und gewerkschaftlichen Taktik der sozialdemokratischen Bewegung."

Die "Christen" sind wenigstens so liebenswürdig, zu bemerken, daß die christlichen Gewerkschaften die Zentralverbände nicht in nächster Zeit erreichen oder übertriften werden. Für die spätere Zeit steht somit glücklicherweise nur nach Meinung der Führer der christlichen Gewerkschaften, den Zentralverbänden dieses furchterliche Schicksal bevor. Wenn die Mitgliederentwicklung so anhält, wie in den letzten Jahren, dann sollen die christlichen Gewerkschaften bald 500 000 Mitglieder zählen. Das wird wohl nicht ganz zutreffen. Daß sie einmal an 500 000 Mitglieder kommen werden, kann schon stimmen; denn bei dem ungeheuren Menschenmaterial, das noch im Banne der katholischen Kirche mit all seinen unheilvollen Folgen steht, bedeuten 200 000, die für den Organisationsgedanken, wenn auch nur dem der "Christen" genommen werden, keine sehr große Rolle. Aber wenn sie gewonnen werden sollen, dann muß die Mitgliederzunahme in rascherem Tempo erfolgen als in den letzten Jahren. Im Jahre 1905 nahmen die christlichen Gewerkschaften um 57 548 Mitglieder oder 27,7 p. t. im Jahre 1906 aber nur um 55 216 oder 20,8 p. t. zu. Bleibt die Zunahme in dieser Weise, dann hat es mit den 500 000 christlichen Gewerkschaftsmitgliedern noch gute Wege.

Der Abstand der christlichen und der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht zu viel sagt, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, die Zukunft gehört. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine scheinen sich mit dieser Tatsache abgefunden zu haben.

Der Mitgliederzuwachs der Zentralverbände, der im Jahre 1906 um 24 000 größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften, und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, läßt mit aller Deutlichkeit den Vormarsch der sozialdemokratischen Verbände erkennen. Die Zukunft wird lehren, daß die Arbeiterschaft zu diesen Gewerkschaften immer mehr Vertrauen gewinnt, weil nur sie allein die Arbeiterinteressen wirklich vertreten können.

Politische Moral.

Kürzlich hat der deutsche Kaiser in einer Rede die politische Moral berührt. Er hat sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß ihm früher bei gewissen Aussprüchen öfter der Sinn übermannt habe. Und es scheint uns, als habe er sagen wollen, daß man auch dem politischen Gegner in der Behandlung Rücksichten schuldig sei.

Wir wollen daran eine Betrachtung über die politische Moral im allgemeinen knüpfen.

Mit der Politik im deutschen Vaterlande ist es herrlich weit gekommen, und wenn „heut ein Geist herniedergestiegen“, um einmal das erhabende Schauspiel des Ringens der geistigen Kräfte ums Wohl des Volkes zu genießen — er würde sicher enttäuscht umschauen! Denn was heut bei uns als Politik bezeichnet und betrieben wird, das ist zum großen Teil der trallest Hohn auf diesen Begriff. Politik heißt Staatskriegshetze, Staatswissenschaft — aber wohin ist es mit dieser Staatswissenschaft auf Seite unserer herrschenden Klassen und Parteien gekommen, wie wird heute Politik getrieben? Es ist ein sehr beachtliches Zeichen der Zeit, daß in demselben Maße, wie sich die Klassengegenseite verschärft und der Sozialdemokratie eine immer geschlossener Gegnerschaft erwächst, auch auf dem Gebiete der Politik die den herrschenden Klassen eigentümliche Korruption, Versumpfung und Verflachung zunimmt. Und es ist wohl nicht falsch, die Behauptung aufzustellen, daß gerade aus dem allgemeinen Charakter des politischen Kreislaufs eines Landes Schluß gezogen werden können auf das geistige Niveau der „staatserhaltenden“ Elemente und ihre Existenzberechtigung gegenüber den freiheitlichen Vertreibungen weitester Volkstreife. Das Maß politischer Moral gibt auch den Maßstab für die Moralität für das sittliche Verhalten dieser Klassen überhaupt. Und im Punkte der politischen Moral ist es bei uns in Deutschland soweit gekommen, daß von dieser Moral in jenen Kreisen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — schon gar nicht mehr die Rede sein kann, sondern man höchstens von dem mehr oder weniger großen Umfang der Unmoral zu sprechen vermag. Über bei näherem Eingehen auf die Sach verschwindet unter ethischen und vorurtheilslos denkenden Menschen selbst betrifft des letzteren Punktes jede Meinungsverschiedenheit; denn diese Unmoralität ist erfreudlich groß. Charakteristisch dafür war und ist noch die Tätigkeit des Reichsverbandes des Feindes der Täuschung der Sozialdemokratie; noch frisch, in aller Erinnerung steht, in welch geradezu gemeinfähiger, schamloser und erbärmlicher Weise sich dieser Verband, in dem verfehlte Reichstagsschlampen bestätigt hat. Da war kein Mittel zu kleinlich, keine Zeile zu giftig, keine Lüge und Verleumdung zu schmälig, um nicht gegen die Sozialdemokratie und ihre Vertreter ausgeschlagen zu werden. Die elendste Spekulation auf die Unwissenheit und Leichtgläubigkeit der Massen hat diesen „Politikern“ solche „geistige“ Waffen in die Hand gebracht, verbreitungswürdig wie kaum ein zweites. Nun ist ja die politische Korruption durchaus nicht ein eigentliches Produkt unserer Zeit. Sie hat sich in allen Epochen gestellt gemacht, und zwar trifft sie immer desto stärker und traffer und trugt, je größer der Widerstreit ist zwischen den bestehenden Gesellschaftseinrichtungen und der Vernunft. Über kaum jemals ist in Deutschland ein derartiger Dienststand der politischen Moral zu beobachten gewesen wie heute. Die gewissenlose Hebe- und Lügenarbeit des Reichsverbandes ist ja hinsichtlich seiner Mittel nichts Neues und darum nichts besonders Auffallendes. Besonders bezeichnend aber ist der außerordentliche Einfluß, den er zu erlangen vermöchte, ein Einfluß, dem nicht zum geringsten Teile der „herzliche Sieg des Nationalitätsprinzips“ bei der letzten Reichstagsschlacht zuschreiben ist. Hat doch die Tätigkeit dieses Verbandes dem Wahlkampf sein charakteristisches Gepräge gegeben. Und diese Tatsache beweist selbst den Fernstehenden die außerordentliche Bereitwilligkeit, mit der die bürgerlichen Parteien sich der Hilfe des Reichsverbandes bedient haben. Darin liegt die entscheidende Bedeutung. Die Tatsache der Existenzfähigkeit und ungehörten Arbeit dieses Verbandes, die Tatsache, daß es überhaupt möglich war, eine solche Initiative ins Leben zu rufen, ohne die Errichtung aller politischen Parteien zu erregen, das ist es, was uns als so bemerkenswert erscheint. Die bürgerlichen Parteien haben dadurch, daß sie von diesem Verband Helfershelfer annehmen und ihm damit gewissermaßen seine rechtliche Sanction verleihen, unbewußt über sich selbst ein vernichtendes Verdammungsurteil gefällt und dokumentiert, daß ihnen alle politische Moral abhanden gekommen ist. Auf die Gesamtheit der Vertreter unserer herrschenden Klassen und Parteien fällt daher die volle Verantwortung für ein derartiges jämmerliches Schauspiel, wie wie es in Deutschland erlebt haben. Und wie erleben es ja noch fortgesetzt. Nach wie vor verprägt der Reichsverband sein Gift, getreu dem alten „Grundtage“: „Verleumde nur, es bleibt schon etwas hängen“; nach wie vor beschützt man Vertreter der Sozialdemokratie eins am Beuge zu stören und gerade den ehrlichen Namen und das ehrende, gute und selblosen Streben solcher Männer herabzuwürdigen, die ein Menschencharakter hindurch für die Sache des Volkes gespielt haben. Lebte in jenen Elementen nur ein Funke von moralischem Bewußtsein, sie müßten trotz aller sichtbaren Differenzen und Meinungsverschiedenheiten doch die lauernden Absichten der Sozialdemokraten anerkennen und Ver-

unglimpfungen der Sache und Personen verschonen. Aber die Kampfmittel sind ja eben der wirkliche Punkt unserer auf unberechtigte Sonderinteressen und Privilegien bedachten herrschenden Klassen. Sie wissen nur zu gut, welche großen Wahrschauungen die Triebkraft der modernen Arbeiterbewegung bilden, Wahrschauungen, denen sie ohnmächtig gegenüberstehen; und diese ihre Ohnmacht läßt sie, statt die Begründung und Notwendigkeit der Sozialdemokratie zu kennzeichnen, zu den verwerflichsten Verleidigungsmitteln greifen.

Um die Politik im guten und echten Sinne des Wortes ist es etwas Höhes. Umfaßt sie doch alles das, was im Widerstreit mächtiger und edler Interessen die Gesellschaft durchsetzt. Leidenschaften erzeugt, Ansuchen läuftert, Leberrzeugungen festigt und gestaltend eingreift in die Geschichte der Völker. Aber für eine Politik in diesem guten, gesunden Sinne ist Voraussetzung, daß auch selbst wahrschauende Leberrzeugungen die Richtschnur des Handelns bilden, daß jeder, der sich politisch betätigt, auch im Stande ist, seine persönlichen Interessen denen der Allgemeinheit unterzuordnen. Diesen großen Zug sucht man in der Politik unserer Herrschenden vergebens. In ihr begreift sich lediglich eine kleinliche Politik der Sonderinteressen, die keine Rückicht kennt auf die Wohlheit der Bevölkerung und der jedes, selbst das schlechteste und verwerflichste Mittel zur Verunglimpfung ihrer Gegner reicht ist. Diese Praxis ist längst in ein System gebracht

Die Skrupellosigkeit unserer Gegner hinsichtlich ihrer Kampfmethoden wider die „umstürzlerische“ Sozialdemokratie läßt kaum noch einer Steigerung fähig sein. Doch ist es unbedingt geboten, daß wir mehr noch wie seither ihrem freiboligen Kreislauf unsere Ausmerksamkeit zuwenden, um im Vertrauen auf den gesunden Sinn des Volles den Zusammenbruch des ganzen schädlichen Systems zu beschleunigen. Jene Elemente werden die Erfahrung machen müssen, daß ihre Methode, die Partei des Kulturforschritts durch Lügen und Verleumdungen zu bekämpfen, um den Gang der Entwicklung aufzuhalten, von der Wahrheit auf die Dauer nicht gebütel wird. Das ist eine alte Erfahrung. Wahre Moral und besseren Einsichten waren die herrschenden Gesellschaftskreise nicht zugänglich und sie sind es auch jetzt nicht. Auf ihnen lastet weitgeschicklich der Fluch der Ungerechtigkeit, ein Fluch, der sie, die Vertreter des erworbenen Rechten der Besitzübermacht, so verurteilt, sich gegen alles Große und Gute im sozialen Leben wenden zu müssen; wenn anders sie nicht selbst ihre Machtstellung preisgeben wollen, die sich stützt auf die Gebrüder, Unvollkommenheiten und Ungerechtigkeiten unseres Zeitalters. Dieser Fluch offenbart sich auch in unserer Zeit, und zwar um so stärker, je mehr die stetig elementar anschwellende Arbeiterbewegung die Privilegien der herrschenden Klassen gefährdet. Ganz wenn die großen Prinzipien der Volkssovereinheit, der Vernunft, Humanität und Sozialgerechtigkeit, die einzige und allein die Sozialdemokratie verfügt, allgemeine Anerkennung und praktische Geltung erlangt haben, wird auch in der Politik das Gebot höchster Sittlichkeit zum Durchbruch gelangen.

Wirtschaftliche Mundschau.

Neue kritische Zwischenfälle in den Vereinigten Staaten. — Die Rückwürtungen auf England und Deutschland. — Stand der Reichsbank. — Allgemeines. — Der Getreidemarkt.

Seit der letzten Berichterstattung sind diesmal drei Wochen verstrichen. Dadurch ist es möglich geworden, eine abermalige kritische Episode, die anfangs die beiderlei Ausdehnung und die verheerende Kraft gewinnen zu wollen scheint, bis zu ihrem vorläufigen, leider bestiegenden Abschluß darzustellen. Über die Frage ist sich überall aufgebrügelt; ob selbst die stärkste wirtschaftliche Konstitution diese immer wiederkehrenden Katastrophenfälle noch lange vertragen kann und ob sich hinter der zunehmenden Häufung der krisenhaften Erschütterungen an der Oberfläche — vor allem an den Börsen und auf dem Geldmarkt — nicht ein viel tieferliegender Wirtschaftsgrundlagel anfindigt.

Die Wetterfälle bildeten auch diesmal die Vereinigten Staaten von Amerika. In Wallstreet, an der New-Yorker Börse, übertraf kurz vor Mitte August der Zusammenbruch von Eisenbahn- und Industriewerten und dazu noch von verschiedenen wichtigen Rohstoff- und Metallpreisen weitauß die vorangegangene Märzpanik. Mag sein, daß die verhöhnten Trustgewalten, durch das Urteil gegen den Petroleumkönig ständig geworden, ihren politischen Widerparten eine Letzton ertheilen und dadurch den Antitrustfeldzug von vornherein lähmlegen und discrediteren wollten. Aber wie wir oft betonen: das Gelehrte solcher gewaltiger Handelsreiche der Großfinanz steht einen für die Börsen schon vorbereitetem Boden voraus. Der Beurteilung und gegebenenfalls einen schon geschwächten und deshalb empfänglichen Wirtschaftkörper vorfinden. Der Kursniedergang legte am Montag, den 5. August ein; allerdings gleich am ersten Geschäftstage nach der Verkündigung der Standard-Oil-Strafe von über 29 Millionen Dollars. Binnen vier Tagen hatten die meistbegehrten Papierarten 12 bis 16 points verloren; viele minderbeliebte Werte wurden von einem noch viel stärkeren Kursschwund heimgesucht. Die Bänken verweigerten mehr als je eine reichliche Kredithilfe. Ihre Reserven waren für diesen

Zeitpunkt verhältnismäßig schwächer als jemals seit 1893, und die großen Geldanforderungen der Innenstaaten im Westen und Süden zur Umsetzung und Fortbewegung der Getreide- und Baumwollseiten hatten jedoch begonnen. Durch sogenannte Finanzwechsel europäisches Edelmetall heranzuziehen, schien im Gegensatz zum vorigen Jahre, ausgezöglicht. Im Gegenteil: bei seiner eigenen Geldknappheit und Gefährdung fündigt Europa mehr und mehr die früher eingeräumten Kredite; amerikanische Effeten wandern massenhaft wieder von Europa nach den Vereinigten Staaten zurück, so daß gerade in der entscheidenden Zeit die amerikanischen Banken eher mit einem Rückfluss von Gold nach London, Berlin und Paris zu rechnen hatten. Daß auf das Beispringen Englands nicht wieder zu rechnen war, befürchtete die Bank von England am 15. August deutlich durch die Hinausstellung ihres Einsatzes von 4 auf 4½ pft. Die übrigen großen europäischen Zentralbanken hatten schon einen sehr hohen Einsatz; zum Überfluß händigten sie ganz energisch an, daß sie allen beträchtlicheren Goldabströmungen nach New-York gleichfalls mit weiteren Diskont erhöhung begegnen würden. Als Retter in der Not blieb daher nur der Washingtoner Centralbank-Cortellini, der den Nationalbanken der wichtigsten Wirtschaftsbezirke auf, mindestens fünf Wochen die sich häufenden Staatsgelder zur Verfügung zu stellen vertrat und rafte mit der Verwirrung begann. So bereitete sich allmählich eine Niedehrung des Vertrauens und eine Erholung des Kursturzes vor, die im Augenblick die Lage befehdet. Freilich: auf wie lange Zeit wohl?

Unterdessen hatte sich der amerikanische Anzug weiter, über die Grenzen der Vereinigten Staaten hinaus, fortgeplastzt.

In England wirkte die Diskontsteigerung um so mehr wie ein Scherenschlag, als um diese Zeit gewöhnlich alle Veränderungen nach oben unterbleiben; die leichte Ausnahme bildete das Jahr 1900, wo am 19. Juli in der Zeit des Transvaalkrieges und der östlichen Wittern, der Londoner Bankeninsatz von 3 auf 4 pft. emporstieg. Der letzte Kursschlag war deshalb auch in London überaus empfindlich. Bankers Magazine berechnet soeben für den Monat August auf die seinen Vergleichungen zu grunde liegenden 887 „repräsentativen Wertpapiere“ eine Kurssverminderung von über 185½ Millionen Pfund Sterling (berechneter Kursswert der 387 representative securities am 20. Juli 1901 3 683 717 000 Pfund Sterling, am 20. August dagegen nur 3 493 130 000 Pfund Sterling). Am März, beim letzten Entwertungsmanöver, kam die entsprechende Kurzvergleichung immerhin nur auf eine Verminderung von 125 Millionen Pfund Sterling, und der jetzige Rückgang begann noch dazu schon bei einer niedrigeren Kurssstufe. Die Berliner Börse wiederholte diesen Kursschlag, allerdings in sehr abgedämpfter Form — aber abweichend nur deshalb, weil schon vorher die Abspannung und Geschäftsunruhe dauernd viel größer waren. Jedoch erging man sich schon in viel schwierigeren Prognosierungen für den Fall, daß die Bank von England eine zweite, gar nicht unwohlwürdliche Diskont erhöhung vornehme und alsdann die Reichsbank und andere kontinentale Zentralnotenbanken zur Nachholung aushilfe.

Dann zerteilten sich in Europa gleichfalls die Machten. Der leichte August-Börsenausfall der Bank von England zeigte eine ganz wesentliche Kräftigung: einen größeren Barbarat als im Vorjahr, eine Verminderung der Wertpapieranlagen, starke Einzahlungen der Privaten und endlich eine Verringerung des Notenmarkts. Achselich die Deutsche Reichsbank, der viel neue Girogelder zufließen und der die Reichsbargeldung dadurch etwas Lust verschaffte, daß sie aus dem Erfüllung der letztgegebenen Schahscheine) 71 Millionen Mark Sanatschel einzog.

Andererseits teilte die Reichsbankleitung am 30. August in der Zentralauskunftschrift mit, daß an eine Diskontsteigerung (Diskont seit 23. April 5½ pft.) bei der fortgesetzten Beobachtung diesem Anzeichen für das Geldbedürfnis von Handel und Industrie — augenblicklich nicht zu denken sei. Da der Quartalsabschluß nochmals, wie jedes Jahr, eine ganz außerordentliche Finanzpruchnahme der Bank bringen wird — man rechnet bis Ende September, früheren Erfahrungen entsprechend, auf mindestens 450 Millionen Mark neuer Wertpapiererwerb —, so wird der Quartalsabschluß kaum ohne neues Anziehen der Diskontschäfte vorübergehen, und das lezte Quartal und der Jahresabschluß halten alsdann nichts die ihnen überließerte Einschöde mindestens fest, oft reichen sie damit noch nicht einmal aus.

Obwohl die jüngste kritische Episode an den Börsen wieder einmal barthaft ist, so sind die Aussichten für den Geldmarkt nicht besonders trüglich. Ferner macht so eben die österreichische (galizische) Petroleumproduktion eine schwere Krise durch, die wiederum den beteiligten österreichischen und deutschen Banken und Abschaffelshäfen schwere Pöschlerne bereitet. Der Markt für Metalle — besonders für Kupfer und Zinn, jedoch auch für Eisen, Blei und Zinn — bröckelt in den Kreisen ab. Daß die Kohl' en überall — noch mehr in England als in Deutschland — sich verteuren, versteht gerade jetzt, bei sich abschwächender Konjunktur, weiteste Kreise in Aufregung. Die großen Gesellschaften der transatlantischen Schiffahrt sind seit Mitte August in einem Kriegs-Landkrieg hineingelangt, der schwere Einkünfte bringen wird. Engeline Panzerkriege, wie der des Berliner Börsenhauses Fr. Pfingst & Co., mahnen an die Vergänglichkeit allen stolzen Glücks.

Dazu tritt endlich das abermalige Empörerschaffen der Getreidepreise. Septemberberichte notierten am letzten August in Berlin 521%, nachdem etwa seit Mitte Juni die Weltmarktpreise gestiegen waren und dem vorangegangenen Preissteigen zunächst ein Halt gesetzt hatten. Seltener dachte der Weltgetreidemarkt, so unüberblickbar gewesen sein wie gegenwärtig. Das unbeständige Weltet hatte schon lange alle Sicherheit der Schätzungen vernichtet. Dazu hindert die späte Ernte die meisten Landwirte am raschen Ausbruch; sie haben zunächst alle Hände voll zu tun mit dem weiteren Einnehmen der später reifenden Getreidearten und Haferfrüchte, so daß vor allem für die gefüllten deutschen Magazinräume die erwartete Verstärkung durch Neuzufüllungen bisher ausblieb. Vielleicht sind diese augenblicklichen Verlegenheiten größer

als die dauernde Knappheit. Sowie sich das mit Bestimmtheit übersehen läßt, gedenken wir der Entwicklung des diesjährigen Getreidemarktes einen eingehenden Überblick zu widmen.

Berlin, 1. September 1907. Max Schippel.

Politische Umschau.

or. Wer verteuert die Wohnungsmieten? Die bürgerlichen Banken und Versicherungsgesellschaften teilen zur Bei den größeren Grundbesitzern mit, daß sie infolge des teuren Geldstandes — nur dann erst stellige Grundstücksbeleihungen über die laufende Vertragszeit würden vorbestehen lassen, wenn die Grundstücksbesitzer mit einer Erhöhung des Einsatzes auf 5 pft. einverstanden seien und einer solchen auf 5½ jährige Vertragsdauer zustimmen. In Braunschweig ist einer Reihe der größeren Grundbesitzer von den Hypothekenleihern den auswärtigen Banken und Gesellschaften dieses Ultimatum wenigstens gestellt worden, und es darf zweifellos erscheinen, daß in anderen Städten ebenso verfahren wird. Bisher waren die stelligen Hypotheken massenhaft auf 2½ und nur im ungünstigsten Falle zu 4 pft. Binnen, soll für die Folge über 1 pft. mehr, also 5 pft. zahlen, so ist der Haushalt eine Mehraufbringung von 5 850 Binen jährlich notwendig, die er selbst natürlich nicht aus seiner Tasche zahlen wird, zumal auch nicht kann. Er wird sie als Miete erhöhung auf die Wohnungen aufzuladen, so daß die durchschnittliche Erhöhung der Miete einer Wohnung M 44 pro Raum beträgt wird. Das ist die kapitalistische Ausbeutung der kleinen durch die Großen, durch die Spekulanten.

Oberflächlich urteilende behaupten stets, daß die rapide Steigerung der Wohnungsmieten eine Folge der gestiegenen Löhne der Handarbeiter und Arbeiter sei. Mit wie wenig Verständnis diese Urteile urteilen, möge folgende Rednung ausspielen, die zu Ungunsten der Arbeiters aufgemacht, etwa folgendes ergibt.

Ein solches Wohnhaus mit 8 Wohnungen, von dem vorhin sprachen, wird von höchstens 20 Maurern und Bauarbeitern (12 Maurer, 8 Bauarbeiter) in 10 Wochen Bauzeit vollständig fertiggestellt. Rechnen wir eine Erhöhung des Stundenlohns um 10%, so ergibt das einen Mehraufwand an Kapital für den Arbeiter, Maurer und Tag von M 1, für sämtliche Maurer und Bauarbeiter pro Woche M 120, und für die ganze Baizeit von M 1200. Die Erhöhung der Zimmermanns- und sonstigen Löhne hinzugerechnet, würde einen Gesamtkapitalaufwand von M 1700 nötig machen, was über für den, der uns in Betracht gezogenen Raum zweifellos zu hoch geprägt ist. Die Bezeichnung dieser Summe verträgt höchstens M 85, auf die Wohnung umgerechnet M 10,50.

Der Kapitalist verteuert mit einem Federstrich die Wohnung um M 44, die Arbeiter in ihrer Gesamtheit bei der 10-Jahresverhöhung pro Stunde aber nur um M 10,50. Dabei haben die Arbeiter ja immer erst äußerst heftige Kämpfe, um jeden Pfennig der so äußerst dringend nötigen Lohnsteigerung zu führen.

Sie sehen den Rohrlohs aus ihrer Arbeitskraft auch wieder in Waren um. Ihr Lohn kommt also insbesondere der Geschäftswelt zu gute, während der Kapitalist Summen auf Summen in seinem Privatvermögen aufhäuft und das Geld ebenfalls zu anderweitigen Spekulationen verwendet. Als Kleinunternehmen, den Geschäftsräumen gegenüber, wird er dadurch jedoch nicht aufnahmefähiger, nicht ergiebiger.

Das Grundstück selbst muß durch das Diktum der Kapitalisten um M 7000 Kapitalwert höher vergrößert werden, durch die gedachte Lohnsteigerung der ganzen auf einem Bau beschäftigten Arbeiter nur um M 1700. Dabei darf man sich natürlich nicht der Hoffnung hingeben, daß die Kapitalisten daran denken, bald eine Herabminderung des Einsatzes für die Hypotheken einzutreten, denn sie wollen ja erste Hypotheken nur noch unter der Bedingung mit 5 pft. verleihen, daß sich die Haushälter auf 10 Jahre zur Zahlung dieses Sakes verpflichten. Zweite und dritte Hypotheken werden dann selbsterklärend in mindestens dem gleichen Maße in der Vergütung gesteigert wie die ersten. Das sind recht trübe Aussichten für die kleinen Haushalte und insbesondere für die Mieteter, für die Arbeiter. So wirtschaftet der Kapitalismus, der auch auf dem Gebiete des Wohnungsbewerbs sein räuberisches Wesen treibt. Er ist es, der den Grundstückspekulant, der die Mieten in die Höhe schnellen läßt, ohne daß er für den oberflächlich Beobachtenden sichtbar wird. Dagegen wird man auch für die Folge das dumme Geschwafel hören, daß die erhöhten Löhne der Arbeiter Schuld an der Versteuerung der Wohnungsmieten seien.

Für die Gemeinden entsteht aber augenscheinlich des neuen drohenden Raubzuges der Grundstückspekulanten, der Banken und Versicherungsgesellschaften um so mehr die Pflicht, selbst Wohnhäuser zu bauen, selbst Grund und Boden in genügender Menge anzukaufen, um die geplante Ausbeutung des arbeitenden Volkes, auf die es ganz besonders wieder abgesehen ist, so viel wie möglich zu mildern. Denn Moloch Kapitalismus kennt nur ein Gebot: Bereichert Euch!

Wie leicht „Aufruhr“ und „Landfriedensbruch“ entstehen können, zeigt wieder einmal ein Vorgang, der sich dieser Tage in Neuensahl; einem niederbergischen Kohlenzechen, zugetragen hat. Mehrere hundert Bergleute — wahrscheinlich Polen — die bisher auf der Reiche Neumühl beschäftigt waren, hatten sich von einem Agenten beschworen lassen, nach Mitteldeutschland, in die Gegend von Wiesbaden, zu ziehen, um in den dortigen Koblenzwerken zu arbeiten. Die Leute hatten teilweise ihr Hab und Gut schon verliefert, anderes stand zur Verabfertigung bereit und die Angemordeten selbst umlagereten mit Kind und Regel den Bahnhof, um in den berüchtigten Extrazug verladen zu werden. Indes dazu kam es nicht. Der Agent hatte nämlich kein Geld, den Extrazug zu bezahlen. Natürlich gab das unruhiges Blut unter den circa 300 Personen, die am Bahnhofe der Fahrt harrten. Da nun ingwischen Warter, Polizeikommissar, Begebenheits- und Bürgermeister die Leute aufforderten, wieder an ihre Arbeit zu gehen, verbreitete sich unter den Arbeitern das Gerücht, das Geld für den Zug sei längst abgefunden, wurde aber auf irgend eine Weise retourniert. Schließlich entstand eine lebhafte Misstümmerung. Auf eine Debatte an den Landrat in Wiesbaden folgte dieser geantwortet haben, daß eine größere Zahl Bergleute wohl für den dortigen Bergbetrieb engagiert seien, aber diese Leute hätten ihre Faht selbst zu zahlen! Plötzlich und schimpfend jährt die Bergleute herum, der Agent mitten davongeblieben, auf seine M 6000“ warten. Schließlich, als alles zurückgekehrt, wurde aber auf irgend eine Weise ausgetragen, daß der Agent, der die Polizeibeamten mit gegebenen Säbeln blinzelnd auf die Leute, an Ort und Stelle zu bleiben, nichts half, trat die Polizei „in Action“, d. h. nicht etwa in der Weise, daß sie für ein Unterkommen der Leute sorge, sondern in der üblichen preußischen Manier. Sie forderte die Leute auf, auszusteigen! Bei der ungeheuren Erregung, die sich der Menschenchar bewußt hatte, war an ein Brüderfolgen des Belegs natürlich nicht zu denken. Und nun sieben die Polizeibeamten mit gegebenen Säbeln blinzelnd auf die wehrlose Masse ein. Im Nu waren etwa 20 Polizisten auf der Bildfläche erschienen. Man denkt sich in die Situation: Eine vollständig wehrlose Menge von einigen hundert Personen mit Frauen und Kindern umstehend, verängert und verstimmt über das ihnen widerfahrenen Missgeschick! Und nun stürzen sich 20 kräftige Polizeistationen mit blauer Waffe auf die Menge, weil sie nicht auszuhandeln geriet! Gewiß hatten Bürgermeister und Polizeikommissar formell den Leuten in Elte zugerechnet, aber kann man sich denn so gar nicht in die Seele eines getreuen Arbeiters hinein denken? Verdutzt und in dem Staunen, das Leben im Interesse der Reiche Neumühl“ sei alles sünd vorbereitet und das vertragliche Abkommen verfehlt und vergrößert werden als das ihnen widerfahrenen Missgeschick! Und nun flüchten sich 20 kräftige Polizeistationen mit blauer Waffe auf die Menge, weil sie nicht auszuhandeln geriet! Gewiß hatten Bürgermeister und Polizeikommissar formell den Leuten in Elte zugerechnet, aber kann man sich denn so gar nicht in die Seele eines getreuen Arbeiters hinein denken? Verdutzt und in dem Staunen, das Leben im Interesse der Reiche Neumühl“ sei alles sünd vorbereitet und das vertragliche Abkommen verfehlt und vergrößert werden als das ihnen widerfahrenen Missgeschick!

scheinlich Polen — die bisher auf der Reiche Neumühl beschäftigt waren, hatten sich von einem Agenten beschworen lassen, nach Mitteldeutschland, in die Gegend von Wiesbaden, zu ziehen, um in den dortigen Koblenzwerken zu arbeiten. Die Leute hatten teilweise ihr Hab und Gut schon verliefert, anderes stand zur Verabfertigung bereit und die Angemordeten selbst umlagereten mit Kind und Regel den Bahnhof, um in den berüchtigten Extrazug verladen zu werden. Indes dazu kam es nicht. Der Agent hatte nämlich kein Geld, den Extrazug zu bezahlen. Natürlich gab das unruhiges Blut unter den circa 300 Personen, die am Bahnhofe der Fahrt harrten. Da nun ingwischen Warter, Polizeikommissar, Begebenheits- und Bürgermeister die Leute aufforderten, wieder an ihre Arbeit zu gehen, verbreitete sich unter den Arbeitern das Gerücht, das Geld für den Zug sei längst abgefunden, wurde aber auf irgend eine Weise retourniert. Schließlich entstand eine lebhafte Misstümmerung. Auf eine Debatte an den Landrat in Wiesbaden folgte dieser geantwortet haben, daß eine größere Zahl Bergleute wohl für den dortigen Bergbetrieb engagiert seien, aber diese Leute hätten ihre Faht selbst zu zahlen! Plötzlich und schimpfend jährt die Bergleute herum, der Agent mitten davongeblieben, auf seine M 6000“ warten. Schließlich, als alles zurückgekehrt, wurde aber auf irgend eine Weise ausgetragen, daß der Agent, der die Polizeibeamten mit gegebenen Säbeln blinzelnd auf die Leute, an Ort und Stelle zu bleiben, nichts half, trat die Polizei „in Action“, d. h. nicht etwa in der Weise, daß sie für ein Unterkommen der Leute sorge, sondern in der üblichen preußischen Manier. Sie forderte die Leute auf, auszusteigen! Bei der ungeheuren Erregung, die sich der Menschenchar bewußt hatte, war an ein Brüderfolgen des Belegs natürlich nicht zu denken. Und nun sieben die Polizeibeamten mit gegebenen Säbeln blinzelnd auf die wehrlose Masse ein. Im Nu waren etwa 20 Polizisten auf der Bildfläche erschienen. Man denkt sich in die Situation: Eine vollständig wehrlose Menge von einigen hundert Personen mit Frauen und Kindern umstehend, verängert und verstimmt über das ihnen widerfahrenen Missgeschick! Und nun stürzen sich 20 kräftige Polizeistationen mit blauer Waffe auf die Menge, weil sie nicht auszuhandeln geriet! Gewiß hatten Bürgermeister und Polizeikommissar formell den Leuten in Elte zugerechnet, aber kann man sich denn so gar nicht in die Seele eines getreuen Arbeiters hinein denken? Verdutzt und in dem Staunen, das Leben im Interesse der Reiche Neumühl“ sei alles sünd vorbereitet und das vertragliche Abkommen verfehlt und vergrößert werden als das ihnen widerfahrenen Missgeschick!

Finanzpolitik des Zentrums — Witwen- und Waisenversicherung. — Der § 15 Abs. 1 des Bollartagesgesetzes bestimmt: „Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Nettozollertrag der nach den Taxistellen 1, 2, 102, 103, 105, 107, 108 a und 160 des Bollartages zu verlegenden Waren, welche den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag der dorthin überlegten Waren übersteigt, ist zur Erfüllung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.“

Die genannten Positionen des Bollartages betreffen: Roggen, Weizen und Spelz, Rindvieh, Schafe, Schweine, Fleisch und Wurst. Sofern die Einwohner des Reichs durch die höhere Bevölkerung dieser Waren schwer belastet werden als bisher (d. h. im Durchschnitt der Jahre 1898 bis 1903), soll der Mehrertrag für die Witwen- und Waisenversicherung verwendet werden. Nun hat sich herausgestellt, daß die Belastung pro Kopf — jene des genannten Jahrzehnts nicht übersteigt; die höheren Zölle hat die Bevölkerung der Bollartage nicht mit der Vermehrung der Bevölkerung überschritten; die Leute brauchen bloß handfest am Platz auszugehen, dann werden sie auch befördert. Und in dieses Bild faßt nun plötzlich die Schwungmaus hinein. Das alles geschah mit einer so unglaublichen Schnelligkeit, daß es kaum zu glauben ist, daß die Sache aus der Augenblickssituation heraus geboren sei kann.

Die Bollartage ist das Bollartagesgesetz war ein demagogischer Kniff des Zentrums, durch den die christlichen Arbeiter mit der Brotwucherpolitik ausgeschaltet werden sollten. Die Sozialdemokratie hat zwar seinerzeit die Bollartage bestimmt, sie hat aber darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie damit nur den Prinzip der Witwen- und Waisenversicherung nicht übersteigt; die höheren Zölle hat die Vermehrung der Bevölkerung nicht mit der Vermehrung der Bevölkerung überschritten; der Ertrag der Zölle bleibt hinter dem Bollartag um mehr als 3½ Millionen zurück. Die relativ verminderte Einfuhr hat somit das Ergebnis, daß kein Pfennig von den vertragten 22 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversicherung geleugnet war.

Die Einführung des § 15 in das Bollartagesgesetz war ein demagogischer Kniff des Zentrums, durch den die christlichen Arbeiter mit der Brotwucherpolitik ausgeschaltet werden sollten. Die Sozialdemokratie hat zwar seinerzeit die Bollartage bestimmt, sie hat aber darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie damit nur den Prinzip der Witwen- und Waisenversicherung nicht übersteigt; die höheren Zölle hat die Vermehrung der Bevölkerung nicht mit der Vermehrung der Bevölkerung überschritten; der Ertrag der Zölle bleibt hinter dem Bollartag um mehr als 3½ Millionen zurück. Die relativ verminderte Einfuhr hat somit das Ergebnis, daß kein Pfennig von den vertragten 22 Millionen Mark für die Witwen- und Waisenversicherung geleugnet war.

An der sozialpolitischen Konkurrenz der bürgerlichen Parteien beteiligt sich bestimmt seit einiger Zeit auch der Freiheit. Die Herren Karl Goldschmidt und Genossen — Gewerbevereiner — richten an den Parteitag der freilinigen Volkspartei zu Berlin einen Antrag, in dem es heißt:

„Der Parteitag erklärt sich entschieden gegen jedes Ausnahmerecht, auch in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse. Die Partei will ein für Sicherung und Veraltermung der Rechte der Arbeiter, für Aufrechterhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Wohnungsbewerbs einräumen. Die Partei erstrebt unter Aufhebung veralteter Gebiordnungen zeitgemäße Rechtsverhältnisse für die in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen. Sie erkennt in den Arbeitnehmerverbänden (Gewerbevereinen usw.) eine ebenso berechtigte Interessentenvertretung wie in den Arbeitgeberorganisationen; sie verlangt gerechte Anerkennung aller Gewerkschaften in einer den modernen Verhältnissen angemessenen Form. Die Partei tritt für den Ausbau der Arbeiterschulgebäude, insbesondere zur Abwehr gesundheitswidriger Anforderungen an die Arbeitskraft von welschlichen Personen, jugendlichen Arbeitern und Kindern; sie wird daher auch

für die Herabsetzung des Maximalarbeitsstages für weibliche Personen auf zehn Stunden eintreten, wie für eine moderate Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Heimindustrie. Sie unterstützt die Gestaltung des öffentlichen Betriebe zu sozialen Wohlfahrtsanstalten. Die Partei bekämpft jede Schmälerung in der Stellung der freien Häufstafeln und wird auch fernherin bemüht sein, die Entwicklung der Selbsthilfe auf dem Wege der Vereinigung zu fördern. Die Partei tritt ein für eine Reform der Unfall- und Industrienschutzversicherung, und ihre Ausdehnung auf weitere Kreise technischer und kaufmännischer Angestellter.

Mit solchen Bedeutungen an sich ist nichts getan. Wir wissen, dass das freiwillige Unternehmen in dem Sozialstaat der Arbeiter und der Arbeiterschutzegelebung sowie der Sozialgesetzesgebung im allgemeinen genau so abhängt, wie das nationalliberale und konservative. Mit grundsätzlicher Überzeugung, ethisch und christlich wird der Christ nunmehr die Interessen der Arbeiter vertreten.

Nationale Arbeiter beteilten Kapitalisten an um ein Mindest! Man sollte das nicht für möglich halten, aber es ist Tatsache. Der Verband evangelischer Arbeitervereine der Pfalz leistet sich folgendes Stüklein: Er möchte einen Delegierten zu dem in Berlin stattfindenden nationalen Arbeiterkongress entsenden, hat aber kein Geld dazu. In seiner erbarungsbedürftigen Not richtet er nun im "Evangelischen Arbeiterkongress" an seine kapitalistischen Mitglieder "das Geschick, dem Verband M. 100 zur Verfügung zu stellen, damit er einen Delegierten nach Berlin schicken kann!!". Unter den kapitalistischen Mitgliedern sind Unternehmer zu vernehmen, die dem Verein angehören.

Diese Beteiligung bestimmt die christlich-soziale Wochenzeitung "Die Arbeit" als tief beschnitten. Das Blatt schreibt: "Haben denn die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine in der Pfalz kein Standesbewusstsein und Standesstolz? Sind sie selber noch nicht einmal in der Lage, dort, wo ihre ureigensten Interessen vertreten werden, einen Kollegen hinzuzubringen? Wie bleibt da der Idealismus? Wenn die evangelischen Arbeiter keine Opfer bringen wollen, nun dann mögen sie zuhören, wie sie durchschlafen. Ist es nicht bestimmt für die Arbeiter der Vereine, dass öffentlich ein kapitalistisches Mitglied geführt werden muss, um die Unruhen eines Besuchs zum wirklichen Arbeiterkongress zu decken. Mehr Standesbewusstsein! Mehr Standesstolz! Mehr Idealismus und Opfermut! muss entschieden von den evangelischen Arbeitern verlangt werden!"

Wie kann man von Leuten, die der höchsten Harmoniesimpliz und dem höchsten Katholizismus hubigen, Standesbewusstsein, echten Idealismus und Opfermut erwarten?

Die Bekämpfung des Polentums in den östlichen Provinzen durch die preußische Regierung und die unter dem Namen "Safatisten" bekannten "nationalen" Schwarzmacher äußert sich in mancherlei höchst bedeutsamen Maßnahmen und Vorschlägen. Da man sich bisher vergeblich bemüht hat, die Polen durch politische Maßnahmen zu guten Menschen und Reichsdeutschen zu machen, so geht man nun darum aus, sie zu unterdrücken und, wenn irgend möglich, zu verdrängen. Diesem Zweck soll die Maßnahme dienen, welche die Safatisten der preußischen Regierung vorgebracht haben: Ausdehnung des Enteignungsrechts dagegen, das polnischen Grundbesitzern ihr Eigentum im Wege des Zwangsverfahrens genommen werden können, um dieses so erräumte Land in die Hände der sogenannten Aufstellungscommission zu bringen.

Gegen dieses Projekt, dessen brutale Ungerechtigkeit vor wohl nicht näher anzugeben brauchen, haben sich auch aus den Kreisen der deutschen Gesellschaft in jenem Gebiete starke Preßstimmen erhoben. So schreibt ein Posener Kaufmann in den "Posener Neuesten Nachrichten" folgendes:

"Ein solches Gege wird nicht nur große Schäderichtung unter den Polen hervorruhen, sondern es wird auch nicht zuletzt den deutschen Kaufmanns- und Handelsstand auf allgemein läufigste schädigen. Kann es wohl zur Erhebung der Ostmark dienen, dass man mit dem Polen als mit einem Leidende unter einem Dach wohnt? Und anderseits: dient die Tätigkeit der Aufstellungscommission wirklich in so hohem Maße der Erhaltung der deutschen Kaufleute und Handwerker? — Der Ansiedler aus dem Westen besiegt seine Gewerbsgegenstände doch mehr aus seiner alten Heimat, und zwar durch die Vermittlung der Eisen- und Verkaufsgesellschaften. Die Hälfte meiner Kunden besteht aus Polen; dies ist wohl bei sehr vielen deutschen Kaufleuten und Handwerkern der Provinz der Fall. Somit wird ein Bohrloch aller deutschen Geschäfte von Seiten der Polen die Antwort auf die Enteignung der Staatsregierung sein."

Wer würde es nicht erschrecken finden, wenn die Polen auf die ihnen drohende Gewaltmaßregel mit einem Bohrloch antworteten? Das darunter insbesondere auch das Baugewerbe zu schwer zu leben haben würde, ist ohne weiteres klar. Es leidet schon jetzt unter dem Kampfgeist der Regierung, wie folgender Fall zeigt:

In der Nähe von Krakau errstand ein armer Bauer namens Drzymella im Morgen Land, worauf er einen Stall und eine Scheune erbaute. Zum Bau eines Wohnhauses hat er trotz aller Bemühungen die polizeiliche Gewaubnis nicht erhalten können. Um nun irgendwo sein Haupt niederlegen zu können, tauschte er von dem dortigen Gastwirte Kindermann einen Wagen, ähnlich denjenigen der berühmten Karussells, und stellte denselben in einer Entfernung von 40 m von den Gewässern auf. Es erschien eine Polizeikommission, nutzte aber unerwarteter Sache zurückzukehren, da das Wohnhaus beweglich und transportabel ist. Dieses moderne Bauernhaus im Gebiete der Aufstellungscommission bewohnt Drzymella mit seiner Frau und drei Kindern.

Diese Praxis läuft auf eine Käffierung des Rechtes der Aufstellung politisch-preußischer Staatsbürger hinaus. Bürger ist es eigenes Bar des Staat ist, behauptet. Man verbietet ihnen, man verhindert sie, sich Wohnhäuser zu bauen und zwinge sie so, gleich Eigentum in Wagen zu kaufen. Dieses königlich-preußische Eigentum wird beschlagnahmt werden, in der Welt und in allen freien Nationen die Sympathien für die Polen zerstören. Die Wagenwohnung der armen Bauern verdient in Höhe der preußisch-deutschen "Kulturgeschichte" unserer Zeit einzusehlt zu werden.

Der Umfang des gewerblichen Innungswesens. Von den Handwerker-Organisationsgesetzen hat man sich bestimmt einen erheblichen Aufschwung des Innungswesens versprochen. Daß seine Entwicklung weit hinter den gesagten Erwartungen zurückgeblieben ist, steht längst fest. Jetzt veröffentlicht der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Straßburg, Dr. Eichelmann, im Statistischen Jahrbuch deutscher Städte eine zahlensmäßige Übersicht über die Entwicklung des Innungswesens seit der Gründung der Handwerkskammer.

Aus dieser Übersicht geht hervor, daß das Innungswesen nur in den im Osten Deutschlands gelegenen Städten sich einigermaßen rege gestaltet hat, während das in anderen Gebieten des Reichs durchaus nicht der Fall ist. Je weiter nach Westen hin, je schwächer wird die Innungswelt. Das hat seinen Grund darin, daß im Westen die Gedanke der gewerblichen Freiheit als Grund der Entfaltung des wirtschaftlichen Lebens noch viel tiefer und stärker in bürgerlichen Elementen wurzelt als im Osten.

Östlich der Elbe gab es in 18 Städten mit 2 171 612 Einwohnern 24 098 Handwerker als Mitglieder der Innungen; auf 10 000 Einwohner kamen 111 Innungsmitglieder, im Königreich Sachsen sogar 140. Hingegen im Westen kommen bei 17 Städten mit einer Einwohnerzahl von 3 079 735 auf 10 000 Einwohner nur 87 Innungsmitglieder. In 12 süddeutschen Städten mit 2 056 876 Einwohnern kommen auf die gleiche Zahl nur 84 Innungsmitglieder. Im Osten sind andererseits die Innungen auch auf zahlreiche Gewerbe ausgedehnt; dort kommen auf eine Innung nur 84 Mitglieder gegen 108 bzw. 107 im Westen und im Süden. Vor 1898 gab es an freien Innungen 350, an Zwangsinnungen 45, im ganzen 393. Neugegründet wurden in der Zeit von 1898 bis 1900 an freien Innungen 126, an Zwangsinnungen 259, im ganzen 885. Hinzugekommen sind in den Jahren 1900 bis 1904 noch 82 freie und 70 Zwangsinnungen — Vergleicht man die Zahlen der Innungsmitglieder von 1897 mit den für das Jahr 1904 für die gleichen Orte aufgestellten, so ergibt sich in 8 Städten des Orients eine Steigerung von 18 142 auf 10 764 (= 28 p.). In 2 Städten Sachsen von 7485 auf 10 278 (= 33 p.), in 14 Städten des Westens von 12 908 auf 22 716 (= 76 p.), in 9 Städten des Südens von 5874 auf 14 895 (= 167 p.). Bei den freien Innungen kommen auf 27 858 Mitglieder 100 000 Gesellen und 26 845 Lehrlinge; bei den Zwangsinnungen auf 89 472 Mitglieder 86 000 Gesellen und 25 709 Lehrlinge, d. h. bei den freien Innungen entfallen auf ein Mitglied 2,8 Gesellen und 0,9 Lehrlinge, bei den Zwangsinnungen 2,5 Gesellen und 0,6 Lehrlinge. Die freien Innungen haben also bei geringerer Zahl der Mitglieder den stärkeren Nachwuchs aufzuweisen.

Zudem repräsentieren die Innungen nur eine starke Minderheit der selbständigen Handwerker.

Das gehänderte Kind. Einem Bergarbeiter im Ruhrgebiet, der das Unglück hatte, daß er sein Kind im Krankenhaus operieren und verbleiben lassen mußte, ging folgender Brief des leidenden Vaters zu:

Eichelmann, 22. 8. 07.

Herr Bergarbeiter R. . . .
Ihr Kind ist jetzt sowohl hergestellt, daß es Samstag aus dem Krankenhaus entlassen werden kann. Das Kind kommt Sie erst dann wieder mitnehmen, wenn Sie 19,25 für das Krankenhaus und M. 20 für die Operation bezahlt haben, also im ganzen M. 39,25. Quer ist müssen Sie die Kosten bezahlen und dann können Sie Ihr Kind haben. Hochachtungsvoll

Dr. Mundt.

Daß einem die Möbel zurückbehalten werden, wenn man seine Miete bezahlt, soll öfter vorkommen. Aber an einem kleinen Wesen sollt ich schwärzen, kommt, kommt in Eichel, wohl nicht mehr vor. Das sollte auch der Herr Doctor wissen. Im übrigen, spräche nicht sein Gefühl als Vater dagegen, kommt der Arbeiter höchst sein und dem Arzt das Kind lassen. Es ist kein verbendes, es ist "frischendes" Kapital.

Das sozialpolitische Zentrum.

Das Zentrum hat Ende vorigen Monats in Büraburg, einer alten Höchburg des ultramontanen Clivites, seine Tagung, die sogenannte Katholikentag ist sehr gewagt, denn es gibt sehr viele gläubige Katholiken, die entschiedene Gegner der Zentrumpartei, und ihrer Politik sind. Da sind viele Leben gehalten worden, auch solche, welche das Zentrum als die Partei "rechter und wahrer Sozialpolitik" darstellen sollen — Der Reichstagsabgeordnete Grotter sprach über: "Katholizismus und wirtschaftliches Leben". Er sagte u. a.:

Das Christentum will, wenn es den Bild auf die höheren Ziele lenkt, die irdischen Güter feineswegs herabsetzen. Es warnt nur vor der Überhöhung der irdischen Güter.

Auch den Reichstag verbietet das Christentum durchaus nicht, es weiß nur darauf hin, daß der Reichstag gewisse sittliche Gefahren bietet, nicht der Reichstag an sich, sondern der unehrenliche Gewerbe oder die unrechtmäßige Verbwendung des Reichstags (Beispiel). Das Streben nach irdischen Gütern ist nicht nur erlaubt, sondern sogar pflichtmäßig . . .

Der Ausgangspunkt einer gefundenen Wirtschaftsordnung ist gegeben auf der Solidarität der Interessengemeinschaft. Der Staat ist nicht nur Inhaber von Rechten, sondern auch von heiligen Pflichten, und die Untertanen haben nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte (Sturmischer Beifall). Damit kommt man auf den Sab, ob der Staat die Quelle alles Rechts sei. Das ist ein großer, fälschlicher Irrtum (Sturmischer Beifall). Das Eigen- ist hoch es von uns geführt wird, darf in einem christlichen Gemeinwesen nicht ein absolutes Recht sein. Auch hier kann unter Umständen von den einzelnen die Notwendigkeit eintreten, daß er den Unterschieden der Gesamtheit weiden muß." (Sturmischer Beifall). Auch die Gerechtigkeit allein reicht nicht als Grundlage einer gefundenen Staatsform aus. Dazu muß die Liebe kommen. Es gibt so viele Unrecht im heutigen Staat, daß es nicht von bloßen Paragraphen und Gesetzen gehebt werden kann.

Die Liebe, die Siebel Langer als achtzehnhundert Jahre ist die christliche Liebe gepredigt worden, und die christliche Kirche, als "Schutzherr" dieser Liebe, hat die Menschheit, ihr Denken und Brauchen beeinflußt. Aber sie hat die Un gerechtigkeit, die Unterdrückung und Missbehandlung des Menschen durch den Menschen nicht zu überwinden vermocht. Die Herrschaft der Kirche hat vielmehr diese Ungerechtigkeit geübt und gefördert. Nicht mit dem, was man "christliche Liebe" nennt, werden die großen sozialen wirtschaftlichen und politischen Fragen gelöst. Nur die Gerechtigkeit ist der wahre und echte Menschenliebe. Inbegriff Herr Grüber freilich sagt:

"Alle auf christlicher Auffassung ge gründeten Wirtschaftssysteme sind herlos und gemütslos."

Waren denn die auf sogenannter "christlicher" Auffassung basierenden Wirtschaftssysteme früherer Zeiten, die die Idee eines freien und gerechten, das Buntwesen in weniger herlos und gefühllos, als das kapitalistische Wirtschaftssystem es ist? Nein, der leibige und hötige Bauer und Handwerker des Mittelalters war auch — und in noch viel höherem Maße als der Arbeiter der Gegenwart — ein geschäftiges, misshandeltes und mißachtendes Menschenkind. Das "christliche" adlige und geistliche Herrenthum jener Zeit hat es an brutaler ungerechter, entwürdigender Behandlung seiner Untertanen wahrlich nicht fehlen lassen. Nicht ein atheistisches, sondern ein "christliches" Herrenthum hat Bauern und Handwerker dazu getrieben, mit den Waffen in der Hand für ihr gesandtes Menschenleben einzutreten.

An seine Erinnerung zur Liebe knüpft Herr Grüber noch die, daß "Arbeiter und Unternehmer sich standhaft machen sollen". Als ob das etwas speziell christliches wäre! Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter Englands hat schon vor einem Jahrhundert damit begonnen, ohne sich auf "christliche Liebe" zu beziehen, ein ähnliches Vertragsschlüsse mit den Unternehmern herzustellen. Und ob "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

die "atheistische" sozialdemokratische Arbeiterorganisation Deutschlands hat schon, ehe es christliche Gewerkschaften gab, es teils

Auch über die wichtige Frage der Organisation der ländlichen Arbeiter und Dienstboten wurde verhandelt. Den Anlaß dazu hat, woraus man gar kein Gefühl macht, das Bedürfnis gegeben, den auf diese Organisation gerichteten Bestrebungen der Sozialdemokratie entgegenzuwirken. Dieses Bedürfnis ist ja auch die Gründung der christlichen Gewerkschaften entsprungen. Es wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

„Die die Lage der weiblichen Dienstboten sowohl in religiöser, sozialer wie gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht vielfach eine mißliche ist, weist die 64. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands auf die Notwendigkeit hin, von Standesorganisationen für die Dienstmädchen hin und fordert daher auf, allerorten katholische Dienstmädchenvereine zu gründen. Die katholischen Dienstmädchenvereine sollen erfordern: Religiöso-sittliche Erziehung des Standes, Ausbildung und Erziehung für den fünfjährigen Beruf als Gattin und Hausfrau, Vorbereitung wirtschaftlicher Mittelstände, insbesondere beruflicher Verteilungen der Dienstmädchen, umwiderliche Behandlung, nicht genügender Verpflegung und Wohnungsbefähigung; Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Dienstboten; Übernahme der Stellenvermittlung unter Bekanntgabe von Bedingungen über die Dienstverhältnisse, welche zivilem Haushalt und Dienstboten (z. B. durch Haushalttausch) vereinbar werden. Die Generalversammlung spricht die Hoffnung aus, daß auch die Gewerkschaften diesen Dienstbotenorganisationen zeitgemäßes Verständnis entgegenbringen und mit beweisen können, daß möglichst bald in Hand zu arbeiten besteht.“

Die alte Gesetzgebung: Das Zentrum tritt erst dann für Organisation und Schutz der Arbeiter ein, wenn die Sozialdemokratie vorangegangen ist und es den kommen darauf ankommt, ihr Konkurrenz zu machen, um die indifferente Masse vor dem Anhängerfallen an die Umfangspartei zu bewahren. Alles, was das Zentrum „für die Arbeiter tut“, ist von seinem Parteiinteresse dictiert. Das lehrt der Würzburger „Katholikentag“ aufs neue.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.
Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hamburg: Ochsenwälder (Sperre über Blecken, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleet), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein: Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling (Streiks), Bordesholm, Vörde (Differenzen), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Apenrade (Sperre über Callesen), Kiel (Differenzen), Flensburg (Zimmererstreik);

Mecklenburg: Silza (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Körff);

Brandenburg: Berlin und Vorort (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rahfeld, Kreiskrankenhaus);

Pommern: Cammin, Gartz a. d. O. (Streiks), Pöllitz (Sperre über Paap), Greifswald (Differenzen bei Zimmermeister und Bauarbeiter), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreussen: Zoppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt), Gumbinnen (Bauarbeiter-Sperre über Wölling);

Posen - Schlesien: Schwersen (Sperre über Höfig, Iwan, Anders und Manjewski), Muskau (Sperre über Stütz-nagel und Lau), Militisch (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Täslers), Ohlau (Sperre über Rother, Jander und Salzbom), Antonienhütte (Sperre über Jauch), Oppeln (Sperre über Kloss);

Königr. Sachsen: Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Branden-vorwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, F. Probst & Co., L. Gauths, Spinnereistrasse, Schneeberg) (Sperre über G. Heckel in Schneeberg, Lain in Aue, Bau liegt in Niederschlema; und über den Fabrikneubau in Oberschlema, Unternehmer Sander), Mülsen (mehrere Sperren);

Thüringen: Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt: Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Erfurt (Aussperrung), Quedlinburg (Sperre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Fohr), Magdeburg (Bauarbeiter-Sperre über Städter);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe: Springe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre

über Hönnernbach), Fallingbostel (Sperre über Böttelmann), Harburg (Bauarbeiter-Sperre über Hagemann), Braunschweig (Bauarbeiter-Sperre über Keldenich), Salzuflen (Sperre über Bröcker);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperren);

Rheinland:

Crefeld, Düsseldorf (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperre über die Koloniebauten von Gebr. Meier), Schwelm (Sperre über Müller), Goblenz-Jülich (partielle Streiks);

Hessen und Waldeck:

Widnungen, Gernsheim (Streiks), Rüdesheim-Gelsohnheim (verschiedene Sperren), Weisenau (Differenzen), Offenbach a. M. (Sperre über die Bauten der Zementfabrik);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik), Strassburg (Sperre über Frey);

Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau);

Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner), Freilassing (Sperre über Gerbl), Wasserburg (Sperre über Nübauer), Würzburg (Sperre über Leupold);

Fliesenleger:

Bärmen-Ellerstädt (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschnowsky und Runnenholz);

Schweiz:

Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);

Oesterreich:

Leitomischl, Tachau, Mährisch Weißkirchen (Streiks);

Ungarn:

Agram, Arad, Bac (Streiks).

Gau Hannover.

In Celle hat es der Gewerbeverein unternommen, eine Einigung zwischen den Parteien anzustreben; er hat folgendes Schreiben an den Magistrat der Stadt gerichtet:

Der nun schon seit Monaten hier bestehende Streit im Baugewerbe schädigt nicht nur die Interessen der streitenden Parteien, sondern die gesamte Einwohnerzahl unserer Stadt. Weder fördert die Baufähigkeit durch die augenblicklichen schweren Geldverhältnisse und durch das in allen Teilen Deutschlands deutlich bemerkbare Absinken der gewerblichen und industriellen Hochkonjunktur allgemein eingeschränkt und Neubauten erheblich weniger als in den letzten Jahren projektiert, so ist die gänzliche Einstellung jeglicher Baufähigkeit hier am Platze geeignet, den allgemeinen Rückgang noch zu verschärfen und zu beschleunigen, worunter neben den Gewerbetreibenden nicht zum wenigsten die Arbeitervölker empfindlich zu leiden haben wird. Aber auch die Stadtbewaltung ist daran interessiert zu sehen, daß die allgemeine Steuerkraft der Einwohner durch solche langanhaltenden Arbeitsstillstellungen geschwächt wird.

Wir erlauben uns deshalb, an den Magistrat hierdurch die höfliche Bitte zu richten, die beiden streitenden Parteien, auf einer Seite den Arbeitgeberverband für das Bau-gewerbe, auf der anderen Seite die hiesigen Baumeister der Centralverbände der Maurer, Zimmerer, Dachdecker und Bauhülfsarbeiter Deutschlands, aufzufordern, daß dieselben gemeinschaftlich das Gewerbeamt Celle als Einigungsamt anrufen und baldigst ein Verhandlungstermin anberaumt wird.

Wir glauben, daß beide Parteien dieser Anregung folge leisten werden und hoffen, daß durch eine solche Verhandlung bei ehrigermamen gutem Willen der Beteiligten eine baldige Beilegung der Differenzen und die Wiederherstellung eines guten Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer möglich ist.

Auf Grund dieses Schreibens hat der Bürgermeister die Parteien erfüllt, die Einigungsamt des Gewerbevereins anzurufen und ihre Vertreter zu ernennen. Diese Versuche sind die Ausgefeierten nachgekommen, wahrscheinlich auch die Unternehmer. Weiteres ist noch nicht bekannt.

Gau München.

Am 6. September kam es in Wasserburg a. Inn zu Unterhandlungen, wobei mit zwei Unternehmern eine Einigung erzielt wurde. Der Unternehmer Nübauer stellt sich auf den Prozenkpunkt, daß er mit Arbeitern nichts zu unterhandeln habe. Als der Bauvorsteher gemeinschaftlich mit den drei Nübauer beschäftigten Kollegen nochmals vorstellig wurde, wies der Herr ihnen die Türe. Darauf legten die Kollegen ehmäßig die Arbeit nieder. Nübauer gab die Sperre vergeblich auf. Auch Nübauer wußt seinen Herrenstandpunkt aufzugeben müssen.

In Plattling hat sich seit voriger Woche die Situation nicht verändert. Fast sämtliche Kollegen sind abgereist und haben schlicht Arbeit gefunden. Die meisten Arbeitern sind momentan zurückgeschafft, nur gut, daß sie nicht aus Plattling fortgetragen werden können. Die Kollegen werden den Kampf durchführen.

Auch in Freilassing besteht die Sperre über das Baugeschäft Gerbl unverändert fort.

Gau Oberösterreich.

In Krappis glaubt der Unternehmer Küllus die Maurer auf alle Art zwiebeln zu dürfen. Er ist der Meinung, die Maurer und Arbeitern müßten ihm die „Küte läßen“, wenn er auf die Baustelle kommt. Die Schimpfwörter steigen ihm nur so aus dem Maul, als wenn er „im Guben sübdür“ hätte. Dumme Polaken ist sein erstes Wort, obwohl er selber Pole von Geburt ist. „Verfluchte Blase, es ist zum Heulen mit Euch Bande,“ ist ein anderes Zielstötewort des verächtlichen Herrn Küllus.

Wir sind nun der Meinung, die „dummen Polaken“ zu folgen, die Kreise unseres brauen Freunde Küllus nicht länger führen. Machen wir ihm freie Bahn, er mag sich mit den Klauotten zanken. Kollegen von Krappis, zeigt dem Polen Küllus, daß Ihr keine „dummen Polaken“ seid, sondern daß Ihr keinen Ochsenstall wohl zu würdigen wisst. Der Bau des Küllus muß so lange stillstehen, bis er lernt, die Arbeit zu achten und sich eines anständigen Toncs zu bedienen.

Gau Straßburg.

Zehn Wochen dauert nun der Streit in Hagenau, und noch immer ist das Ende nicht abzusehen. Einen Stundenlohn von 45 & verlangen die Streitenden. Diese Forderung wurde den Unternehmern schon im Dezember v. J. zugestellt, wobei um Verhandlungen nachgefragt wurde. Aber die Unternehmer antworteten gar nicht darauf. Auch im März d. J. als noch einmal wegen Verhandlung angefragt wurde, erfolgte keine Antwort. Es blieb also weiter nichts übrig als die Forderungen durch Arbeitsniederlegung durchzusetzen, wollten die Hagenauer Maurer für den bisherigen erbärmlichen Lohn weiter arbeiten. Im vorjährigen Jahre wurden in Hagenau noch Stundenlöhne von 30 bis 35 & gezahlt. Die Arbeitslosigkeit im Winter dürfte wohl in seiner Stadt so groß sein als hier. Was kümmert das aber die Unternehmer, wenn sie nur von Jahr zu Jahr reicher werden. Daß der Kampf heftig und lang werden würde, war schon von vornherein klar. Es ist denn auch auf beiden Seiten mit großer Hartnäckigkeit gekämpft worden. Die Unternehmer haben ihr möglichstes versucht, Streikbrecher heranzubringen, aber immer war es den Streitenden möglich, die Angelöwenheit wieder fortzuschaffen. Von den 87 Streitenden ist bis heute erst eine abgestanden. Sehr dienten von Anfang an 16 Nichtorganisierte bei der Arbeit, denen sich von Zeit zu Zeit ein paar Maurer aus den umliegenden Ortschaften zugesellten. Hierdurch ist es den Unternehmern möglich gewesen, die dringendsten Reparaturarbeiten fertigzustellen. Sonntag, den 8. d. M., fand eine Verhandlung der Streitenden statt, wo der Kollege Voigt aus Straßburg den Vorschlag machte, den Streit aufzuhören und im nächsten Frühjahr sofort wieder loszutragen. Die Streitenden lehnten aber diesen Vorschlag einstimmig ab und beschlossen, jetzt weiter zu kämpfen. Es scheint auch, als wenn sich die Situation zu Gunsten der Streitenden verbessert hat. Von den „Arbeitswilligen“ müssen verschiedene zu Hause bleiben, um hoffen zu pfänden. Dann sind in leichterer Zeit mehrere größere Bauten vergeben. Die Streitenden sind meistens in der Umgegend in Arbeit gebracht worden; auch haben einige auswärtige Unternehmer schon Arbeit

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

Abtung

In Kiel steht eine Aussperrung aller Gefellen und Arbeitern des Baugewerbes, im besonderen des Holzverarbeitungsgewerbes bevor.

Es wird den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, für die Fernhaltung der aus Kiel und Borcke zu schicken, solange der Streit der Deutschen und Holzplakarbeiter dauert. — Der Vorstand des Kieler Arbeitgeberverbandes leugnet befürchtet, daß sein Entlassungsbefehl einer Ausprägung und damit einem Vertragsbruch gleich zu achten sei; er will angeblich nur wegen Materialmangels die Arbeit einfetten lassen. Damit läßt sich aber unmöglich das folgende Schriftstück in Einklang bringen, das der „Zimmerer“ zu veröffentlichen in der Lage war und das gewiß nicht ohne Wissen und Billigung des Kieler Arbeitgeberverbandes zu stande gekommen ist. Das Bürtular, das wahrscheinlich sofort an alle baugewerblichen Unternehmerorganisationen verbandt war, lautet wie folgt:

Norddeutscher Baugewerbs-Verein.

Geschäftsstelle: Hohe Bleichen 81.

Hamburg, den 31. August 1907.

in Hagenau übernommen und die Forderungen befördert. Wenn also die Streitenden wie bisher fest zusammenhalten; und der Bauzug fernbleibt, ist es wohl möglich, dass sich auch diese Hagenauer Unternehmer in diesem Jahre noch bequemen müssen, mit den ihnen verhassten Organisation die Bohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen.

In Straßburg ist die Sperré über den Unternehmer Frey nicht aufgehoben, sondern nur vertagt, weil Frey keine Arbeit mehr hatte. Wie uns mitgeteilt wird, soll Frey in nächster Zeit wieder einige Bauten anfangen. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, dass das Geschäft von Frey-Kreuzburg für jeden organisierten Maurer gesperrt ist.

Ausland.

Schweiz. Alle Tage neue Bauprojekte und keine Maurer. Damit ist der gegenwärtige Zustand in Basel gekennzeichnet. Auf die Aufforderung der Baumeister, Neu- und Umbauten in diesen Jahren vorzunehmen zu lassen, da im Jahre 1908 der große Alabderadat kommt, das heißt die Baumeister die zehnjährige Arbeitszeit wieder einführen würden und es demzufolge zur Auspferzung über zum Streit kommen, sind viele, die etwas zu bauen haben, herumgelaufen. Häuserkomplexe sind niedergeschlagen, Geschäftshäuser sind mit ihren Warenlagern in ein Seitenquartier gezogen und sehen mit Bangen, dass ihre Häuser wohl niedergeschlagen, aber nicht wieder aufgebaut werden. Mehrere Geschäftsführer haben sich schon an das Streitkomitee um Zusendung von Maurern gewandt, was das Komitee jedoch ablehnt. Mögen die Bauherren nur einen gebürgten Druck auf die Baumeister ausüben, damit diese den Weg ins Streitklopfen finden. Ein Bauherre wolle sich absolut nicht abweisen lassen; er war schon beim Regierungsrat genehmigt, ohne Maurer zu bekommen, nun hoffte er dem Streitkomitee bestimmt Gehör zu finden, indem er proponierte: er wolle gern 70 Centimes pro Stunde zahlen, denn Leute auch eine Gratifikation von 50 Centimes pro Tag gewöhnen und auch noch einen Vertrag an die Streitkräfte lassen. Sein Haus müsse unbedingt fertig werden, sonst sei er ein ruinierter Mann; man müsse sein Haus als Notarbeits bekräftigen um. Auf die Frage, warum er seinen Baumeister nicht zum Unterschreiben seiner Forderung oder Liste handlung veranlaßte, erklärte er, der Meister habe sich zu einer hohen Konventionalstrafe verpflichtet, er könne nicht. Er, der Bauherre, könne ihm über die Arbeit nicht wegnehmen, da nur Baubewilligung die Streitklausur vorhanden sei. Gefragt, warum er jedoch einen Vertrag unterschreibe, erklärte der Mann, der Baumeister habe ihm versichert, in diesem Jahre wird nicht gestreikt, erst im Jahre 1908. Maurer hat der gute Mann nun heute noch nicht, dafür ist er über auf eine "gute" Idee verfallen, er zieht an den Bauzaun ein Plakat, was dem der Streitkommission recht ähnlich sieht, mit der Aufschrift: Maurer, Plakat frei! Das glauben die Maurer natürlich nicht, weil sie die Unternehmer, bei denen die Arbeitsbedingungen geregelt sind, ganz genau kennen. Die Streitenden wissen auch, was sie von den in den bürgerlichen Blättern verbreiteten Lügen, der Streit sei beendet, zu halten haben. Das Gegenteil davon ist wahr. Der Streit sieht glänzender als je zuvor; ein erheblicher Teil der vorher "Arbeitswilligen" hat sich dem Streit angelöschen, so daß mancher Bau, auf dem dies dahin noch ein bisschen "sackt" wurde, sich jetzt einer Totenkugel erfreut.

In England dagegen dauert gleichfalls der Streit unverändert fort. Der Streit selbst befindet sich nur noch wenige Kollegen, und auch diese würden, wie die bereits abgereiste, von anderen Meistern mit offenen Armen empfangen; doch um etwa Zureichung über den Stand der Dinge aufzuklären, müssen sie am Ort verbleiben. Die Meister sind nach ihrer eigenen Meinung sehr glücklich und glauben, wie sie in der "Gewerbe-Zeitung" schreiben, über die Männer und Handlanger den Sieg davon getragen zu haben. Das ist aber nichts als Einbildung. Obwohl wir irgend welche Verpflichtungen eingegangen wären, haben die Meister den Lohn erheblich erhöhen müssen, und daß sie ihren "Normallohn" als Minimallohn begleichen müssen, dafür werden wir sorgen. Bei den Unterhandlungen erklärte Baumeister Hänggi, daß unsere Sperré ihnen viele Laufende vorgetragen habe; wenn sie eine neue Auflage wünschen, wie können aufwarten damit. Ebenso wollen wir ihnen verraten, dass wir gar nicht so vernarzt sind in einem "Schwabertag"; für uns kommt es nur darauf an, welche Arbeitsverhältnisse wir vor dem Streit hatten und wie sie heute sind.

Am 28. August traten in Amriswil die Maurer und Handlanger, etwa 300 an der Zahl, in den Streit ein, nachdem sie zuvor den Meistern ihre Forderungen eingerichtet hatten. Diese lauteten: Einigung eines Minimallohns für 1907 von 57.-Cts., 1908 60 Cts., 1909 65 Cts. für Maurer; für Handlanger in derselben Reihenfolge 50, 52 und 55 Cts. Ebenfalls wurde die Arbeit niedergelegt, als die Meister ihre bekannte Tatsat die Verhandlungen zu verschließen, einzuhängen, darob großes Mäunzen im bürgerlichen Blätterwald und nach Schema I wird über die begehrten Bauarbeiter gewettet. Nur ein Beispiel, wie unsere Gegner "arbeiten": So liest man in den meisterfreundlichen Blättern: "In Löb. Weise sind Mahnregeln zur Sicherung der öffentlichen Ruhe und Ordnung getroffen und ist bereits das Haupt des Streitkommissions in sicherem Gewahrsam verbracht worden. Im übrigen ist der Streit bis jetzt ruhig verlaufen."

Man würde es noch begreiflich finden, dass Mahnregeln getroffen werden, wenn irgend welche Vorkommen dazu Veranlassung bieten, aber ohne jeden Anlaß Polizeiverharrung, das muß doch wunderbar ammen. Warum das Haupt der Streitleitung verhaftet wurde, wird man uns kaum sagen können, höchstens weiß es der Denunziant, der da glaubt, dass schriftlose Ausländer nur so lange gute Kerls sind, als sie sich willens aussteuern lassen. So kleinliche Mittel sollten einen rechtlichen Schweizerbürger doch zu niedrig sein; doch jedes das Sine.

Zu anerkenntenswerter Weise hat der Gemeindevorstand eine Vermittlung angebahnt, die Einigung scheiterte aber wie gewöhnlich am Starrsein der Unternehmer. — 263 Männer von den Streitenden sind abgereist, und an den wütenden Geberden der Meister kann man sehen, dass dies das richtige Vorgehen ist. Schimpfen über die "faule Bande" ist das einzige, wogegen sich die Meister aufrichten könnten; da nun diese faule Bande dem gesetzlichen Ausrüstung den Rücken lehrt, ist es den Herren auch wieder nicht recht.

Ein Streit in Magdeburg ist nach anderthalbwöchiger Dauer durch den Abschluß eines Minimallohnvertrages beendet worden. Die folgenden Worte: "Wir kennen keinen Lohns- und Arbeitsvertrag, sondern nur die Arbeitsordnung des Schwei-

Baumeisterverbandes", "Minimallohn sind im Baugewerbe ausgeschlossen, wir zästern nur Normallohn", sind zu Schanden geworden. Außerdem waren die Kollegen vom ersten bis zum letzten Augenblick einig: Christliche und Gute, wie ich die Streitförderer genannt habe, gab es nicht. Die Streitenden hielten mutterhaft Disziplin, jeder einzelne ist seine Pflicht. Ahmt es aller Orten nach, dann ist der "Herr im Hause Standpunkt" der Meister bald, dahin und die Vernunft fehlt auch bei ihnen ein.

Oesterreich. Der Maurerstreit in Linz ist durch den Vertrag der "Christlichen" runtergegangen. Hinter dem Rücken unserer Kollegen haben sie mit den Unternehmern einen Vertrag geschlossen und dann ist nur selbst die Arbeit aufgenommen, sondern auch nach streitförderer angeworben. Nach diesem samten Vertrag soll der "Normallohn" für Maurer, die bisher 8,80 bekommen, vom Jahre 1908 an 8,80 betragen. Bisher haben aber nur sehr wenige von den Linzer Maurern 8,80 bekommen; die meisten bekommen nur 8,30, bis 8,40. Für die Christlichen, die als "christlich" eingestuft werden, soll bis zu 1910 der Lohn auf 8,4 steigen; die übrigen, sowohl sie nicht überhaupt als minderleistungsfähig angesehen sind, können es auf 8,80 bringen. Die Leistungsfähigkeit des christlichen Vertrags hat einer ihrer Führer mit folgenden Worten bekleidet: "Säten wir die Arbeit nicht begonnen, so hätten die Meister nachgegeben müssen, der Erfolg wäre auf jeden der Sozial- und die christliche Organisation wär zu grunde gegangen!" Deshalb also müssen die furchtbaren "Arbeitswilligen" das Streitverfahren vollbringen, um die sehr zweifelhafte Errichtung der christlich-sozialen Organisation zu retten. Das ist zu dieser kriegerischen Tat auch Bauarbeiter aus unseren Reihen hergekommen. Es war bedauerlich für diese, aber begreiflich für die ganzen Eltern Verhältnisse, indem sie doch auch diese Arbeiter durch die christlich-sozialen Charakterzüge angesehen sind, und solche Leute in der Regel Gefahr laufen, so wie gewisse Kerle rücksichtslos zu werden. Wenn sie die Abholzaten des Streitförderer verfeindet, wird sich bei diesen Leuten auch der Rattenjammer einfinden und dann können die "Oberchristen" noch einmal sehr direkt damit zu tun bekommen. Eines können wir heute schon behaupten, es wird kein Jahr vergehen, so wird unsere Organisation wieder schlagkräftig sein und die Hoffnungen der "Christlichen" unsere Organisation mit ihrem Vertrervertrag aus der Welt geschafft zu haben, wie ein frischer Wind blieben.

Ungarn. Der Kampf der Maurer in Agram geht nun in die sechste Woche, ohne daß ein Ende abzusehen wäre. Er begann mit der Auspferzung der Maurer durch den Verband der Bauunternehmer. In der zweiten Woche wollten die Unternehmer alles daran, um Streitförderer anzuwerben. Unter Anwendung riesiger Kräfte ist es ihnen gelungen, zehn "Arbeitswillige" zu fangen, mit denen sie aber nicht von der Seite kommen können.

Seit 17 Monaten führen die Kollegen in Bécs mit ihren Meistern einen harten Kampf, und noch immer sind sie nicht ermüdet; sie halten aus und sind im Kampfe sogar noch stärker geworden. Die Streitenden arbeiten in der Provinz.

Italien. Der Bauarbeiterstreit in Turin ist nach fast zweimonatiger Dauer mit einem Erfolg für die Arbeitende beendet worden. Vor einem Schiedsgericht unter Vorsitz des Bürgermeisters ist ein Tarif, gültig auf 1 Jahr zu Stande gekommen. Die Aufforderung ist abgeschlossen: Der Stundenlohn wurde für Maurer auf 50 Cts. (Forderung 51), für Gerüster auf 48, für Hülfsarbeiter auf 28½ und für Lehrlinge auf 20 Cts. festgesetzt. An dem Streit waren etwa 12.000 Arbeiter beteiligt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender für 1908 ist nunmehr in einer Auslage von 40.000 gebrückt, so daß alle Versteller demnächst, wenn größere Posten vom Buchdrucker fertiggestellt sind, bestellbar werden können. Wahrscheinlich wird schon in der nächsten Woche mit dem Verkauf beginnen. Wer das überaus nützliche und für seinen Inhalt außerordentlich billige Taschenbuch noch nicht bestellt hat, tue dies bald, damit der Druck einer etwa nötigen zweiten Auflage rechtzeitig vorbereitet werden kann.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorsitze zu übersenden:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
- b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszurechnen ist.

Unterstützungs-Anträge werden in der Zeit vom 2. bis 7. September für folgende Mitglieder erteilt:

Wihl. Benzeli-Grimmibach, Verb.-Nr. 62078; Aug. Siod-Breslau, 16.027; Carl Brundorf-Siel, 146.571; Heinr. Michel-Hinterwalde, 181.421; Jos. Höllinger-Ulm, 160.082; Anton Leim-Bamberg (Frau), 274.308; Karl Marx-Berlin, 8884; Georg Walter-Bremen, 18.602; Emil Neupelt-Braunau, 12.792; Ernst Herder-Detmold (Frau), 211.681; Jos. Büch-München, 474.816; Otto Schulte-Swinemünde, 108.188; Herm. Fenger-Neuhausen a. d. O. (Frau), 90.699; Conrad Baitelt-Craudenz (Frau), 178.719; Adolf Garms-Schwarzenbeck (Frau), 112.756; Herm. Büchel-Duda i. S. (Frau), 290.119.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Küster, Hamburg 1, Befenningerhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 6. September 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Emmendingen M. 68,06, Bramstedt i. Holz, 20.000, Düsseldorf 800, Görlitz 400, Grünma 400, Böckwitz 400, Anna-berg 370, Döbeln 300, Schönebeck 300, Beuthen 260, Schwedt 250, Beuthen 90, Waren 80, Sagan (bzw. Streit zurück) 1,50, Mannheim 8800, Karlsruhe 1200, Hagen 900, Blaustein 1. B. 800, Speyer 800, Glashausen 750, Großher-berg 250, Döbeln 200, Rothenburg 200, Kemberg 200, Franken-hausen (Stifts) 200, Schwerin 200, Düben 100, Kallina 100, Gröpelin 100, Teterow 100, Laucha 46,60, Briesen 800, Biegnitz 800, Altenburg 800, Chemnitz 1009,64, Gommern 600, Zwickau 500, Meißen 500, Hohenberg-Tennishof 500, Halberstadt 480, Bolmar 1. G. 450, Elsterwerda 200, Bergedorf 150, Biebrich 100, Natio-pan 30, Zabrze 70, Hamburg 5500, Mainz 1800, Auerbach 1500, Dortmund 1800, Oberhausen 1000, Mühlhausen i. Els. 1000, Merseburg 700, Hamm 400, Altenahr 400, Kaiser-lautern 400, Heide 300, Langensalza 250, Wolfsburg in Medienburg 210, Ahrensburg 100, Reutlingen 100, Rehau 100, Hagenow 800, Gengenbach 40, Hannover 4000, Ulm 800, Freiberg i. S. 800, Eisenach 700, Königsberg i. Pr. 700, Forch 500, Rostock 400, Lüdenscheid 400, Bittenfeld 300, Nienburg 100, Lübeck 100, Angerburg 85, Johannisthal 50,53, Bromberg 777,88, Elmshorn 400, Börrich 150, Neuwestell 19,44, Hadersleben 1.

b) Bericht der Bauarbeiterkenschafskommission.

Neuwied M. — 75.

c) Für Protokolle vom neunten Verbandsitag in Köln. Hadersleben M. 8.

Als verlorben gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Jos. Uffson-Buchum (Verb.-Nr. 85.856), Joh. Lohs-Essen (397.096), Gust. Neyer-Berlin (166.724), Erich Schulz-Glogau (274.270), Cl. Müller-Dresden (19.990), Otto Ernst-Lüneburg (26.688), Aug. Schmid-Riel (88.659), Ab. Dürkopp-Wiebelsfeld (68.548), Joh. Geselle-Gassel (68.920), Gust. Höhne-Wilhelm a. d. R. (76.780), Karl Winkler-Gelle (158.101) Paul Böß-Breslau (179.427), Fritz Böltrow-Dahn (28.848), Ab. Trost-Düsseldorf (285.186), Franz Matys-Essen (288.944), Leon Melles-Bielefeld (382.618), Karl Unt-Weißheim (842.628), Otto Goldschmidt-Silberstein (350.588), Herm. Viebler-Dueblinburg (360.958), Friedr. Sie-Essen (397.642), Ab. Hoppe-Bernau (419.656), Franz Vogt-Buchum (421.079), Bruno Schulz-Arensburg (422.931), Karl Stoltz-Osnabrück (427.049), Joh. Wiel-Mainz (450.076), Gust. Schulz-Berlin (581.1), Ab. Vogt-Blauen (94.320), Emil Hirsch-Karlsruhe (286.759), W. Fuchs-Dortmund (454.612), Mengel-Sobas-Blauen (465.016), Bernhard Nemmers-Meine i. W. (243.742).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein Aalen: Wihl. Brandenberg (Verb.-Nr. 278.891), Josef Mels (361.857), Peter Grimm (861.879), Josef Förster (361.848), Göttingen: Gustav Schönwitz (172.093), Karl Mühlis (172.049), Franz Xaver Hahn (394.014); Hagen i. W.: Karl Hanslit (388.584), Ab. Homola (420.606); Arolsen: August Duschmann (281.787); Mendenburg: Heinrich Röwer (96.954), Heinrich Reimers (96.904); Ron-stein: Josef Greis (285.594).

N.B. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Berichtigung. Der in Nr. 86 des "Grundstein" als vom Zweigverein Büdingen ausgeschlossen bekannte Kollege heißt nicht Bösliger sondern Röttger.

Um Abgabe ihrer Adressen erlaubt der Zweigverein Büdingen (Abd. Wilsens (Verb.-Nr. 435.367), geboren am 17. Oktober 1874 zu Hamburg; Halle a. d. S.; Karl Sonderhausen (25.546), geboren am 21. Dezember 1860.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Hildesheim: Franz Mühlp (Verb.-Nr. 384.882), geboren am 16. November 1876 zu Bielefeld; Schweglingen: Ab. Gottfried Mühlenthal (479.159), geboren am 1. August 1872 zu Kitzbühel; Herne-Castro: Otto Schröder (184.087), geb. am 10. März 1888 zu Langenfeld.

Kollegen, denen der Aufenthalt der genannten bekannt ist, werden erfuhr, den betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

Gau Mannheim.

Für den Bezirk Losfringen (Sik M. 6) wird ein Lokalbeamter gesucht. Es wird eine gute Kraft benötigt. Berücksichtigt werden nur Maurer, die in allen Organisations- und Aktionsfragen erfahren sind und genaue Kenntnis der Verwaltungsgeschäfte besitzen.

Bewerber, die neben der deutschen der italienischen Sprache mächtig sind, erhalten den Vorzug.

Etwas Bewerbungen sind bis zum 1. Oktober 1907 an den Kassierer Michael M. a. M. in W. Karlsruhe 4, zu richten.

Den Bewerbungen muss ein Bericht über die bisherige Tätigkeit sowie ein Aufsatz über die Aufgaben eines Lokalbeamten beigelegt sein. Der Gauvorstand. R. Horster.

Berichte.

Bur Beachtung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des "L'Operaio Italiano" sind von mir zu abzurichten:

An die Redaktion des "L'Operaio Italiano", Hamburg, Befenningerhof 56.

Den Zweigvereinen, die mit Holland Verbindung unterhalten und das holländische Adressbuch beziehen müssen, zur Kenntnisnahme, daß sie sich direkt an die Redaktion oder Administration des Blattes zu wenden haben. Das Blatt unseres holländischen Bruderverbandes heißt „De Metseelaar en Opperman“. Die Adresse der Redaktion ist: A. F. Müller, Tilburg, Hofstekstraat 1559; die Adresse der Administration (Verlag und Expedition) ist: J. W. v. Achterberg, Silverum, Hooge Laarderweg 139.

Halle a. d. S. Wegen großer Arbeitslosigkeit wird dringend ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten.

Bezirkskonferenz in Freiburg. Sonntag, den 1. September, tagte im Restaurant "Cantio" in Freiburg eine Bezirkskonferenz, wo die Vereine Offenburg, Fahr, Emmendingen, Waldkirch und Freiburg durch je einen Delegierten vertreten waren. Die Tagesordnung lautete: 1. Die Lage in Oberbaden. 2. Die Aufgaben und ebenso Wahl eines Bezirksbeamten. Das Referat über den ersten Punkt hielt Kollege Horter. Er schüttelte in längeren Ausführungen die Entziehung und weitere Entwicklung der in Betracht kommenden Zweigvereine. Beiton wurde dabei, daß wir in diesem Bezirk über 50 v. P. Ausländer haben und dadurch die Verwaltung schwieriger und die Fluktuation größer sei als in den anderen Bezirken des Gaues. Auch wäre es schwer, die auf dem Lande wohnende Mauerer für die Organisation zu gewinnen. In Emmendingen ist es vorgekommen, daß 1908 und auch dieses Jahr bei der Lohnbewegung sich die deutschen Maurer durch einige Glas Bier, die die Weißer saßen, verleiten ließen, Städtebriech zu werden. Nachdem Rehner nach die leichte Arieis, die sich besonders in Freiburg recht fühlbar macht, näher beleuchtet hatte, kam er auf den Antrag Freiburg, von der Umstellung eines Beauftragten vorsichtig abzuweichen, zu sprechen. Kollege Horter stützte aus, daß er den Entschluß der Freiburger Kollegen nach den letzten Vorlommitten begleiteten, aber im Interesse der Organisation nicht gutheißen könne. Er möchte daher aufmerksam machen, daß im Jahre 1908 die Verträge in ganz Oberbaden ablösen. Freiburg ist der Sitz des Oberstafdmachers Heppeler, der vom Arbeitgeberverband angeföhlt und schon den ganzen Bezirk von Börrach bis Baden-Baden organisiert hat. Der Einfluß dieses Herrn hat sich besonders bei den Vertagsabschlüssen in Offenburg und Wallheim recht unangenehm bemerkbar gemacht. Er ist der sichtbare Gegner eines Minimallohns. Er erklärte Offenburg, daß sie in Freiburg damit schlechte Er-

führungen gemacht hätten. Sie würden nie mehr solche Beiträge abschließen. Nachdem Kollege Horster noch auf die Beschlüsse des Verbandstages der Unternehmer in Köln aufmerksam gemacht hatte, gab er seiner Meinung dahin Ausdruck, daß es hier 1908 unbedingt zum Kampfe kommen werde, ob die Maurer wollen oder nicht. Es sei darum unabdinglich, ohne einen Beamten auszukommen. Da nun in diesem Bezirk eine erste Kraft gehöre, seien Verbands- und Bauvorstand zu dem Entschluß gelommen, den Kollegen Pohl, bisher Bauleitercontroller in Frankfurt, in Vorschlag zu bringen. In der darauffolgenden Diskussion, an der sich die Delegierten aller Zweigvereine beteiligten, sprachen sich mit Ausnahme von Offenburg in Brings alle für die Amtseinführung eines Beamten aus. Die Abstimmung ergab die Anstellung eines Beamten gegen eine Stimme. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Pohl Frankfurt das Wort. Er schiberte in kurzen Zügen seine bisherige Tätigkeit und die Aufgaben eines Bezirksbeamten. Die südländischen Ausführungen fanden bei den Delegierten die beste Aufnahme. In der Diskussion wurde besonders von den Neueren Zweigvereinen der Wunsch ausgedrückt, daß jüngst in Zukunft nicht verbleiblich werden möchten. Kollege Pohl wurde dann einstimmig gewählt. Nachdem Kollege Horster seine Genehmigung über den tüchtigen und sachlichen Verlauf der Konferenz ausgesprochen hatte, ermahnte er die Delegierten, auch in den Mitgliederversammlungen so zu handeln. Wenn alle Kollegen den Beamten kräftig unterstützen und die den Verbund fördernden Aufgaben hochhalten und danach handeln, wird auch der Bezirk Überbaden ein kräftiger Stützpunkt des Centralverbandes der Maurer Deutschlands werden, und die Organisation kann für alle Kollegen segensreich wirken.

Altenessen. Mittwoch, den 4. September, wurde von unserer Zählstelle eine Statistik über die Bautätigkeit, Arbeitsverhältnisse etc. aufgenommen. Das Ergebnis ist folgendes: Aufgefunden wurden 138 Männer, davon 65 im Centralverband, 54 im christlichen Verband organisiert, unorganisiert 11, nicht zu ermittelnen 2. Bauhülfearbeiter gehörten 16 dem Centralverbande und 8 dem christlichen Verbande an, unorganisiert waren 63. Verlängerungen wurden 19 gezählt, Poliere 16; von letzteren war einer Mitglied unseres Verbandes, die anderen gehören wahrscheinlich dem Polierbund an. Der Taxix wird im allgemeinen innengehalten, der Lohn von 53 s überall geahbt; 20 Kollegen erhalten 55 s, 6 54 s Stundenlohn. Die Bautätigkeit ist überaus schlecht, ganze zwei Neubauten sind im Fundament, die meisten Bauten sind unter Dach, viele schon bezugsfertig. Die hier arbeitenden Kollegen sind teils mit Bogen- und Radspulen oder bei Fischadern beschäftigt. Da unsere Zählstelle circa 100 Mitglieder zählt, ist ein Drittel davon gebrochen, auswärts ihr Städtchen Brod zu verdielen. Als Ursache der schlechten Boulonjuntur werden allenfalls der hohe Zinsfuß für Baugelder und die Geldknappheit überhaupt genannt. Eine tägliche Zurückhaltung der Bautätigkeit dürfte nicht in Frage kommen, da sich damit die Unternehmer selbst am meiste schädigen würden. Mit dem Bauunternehmerdruck sieht es hier freudig aus. Sind an einem Bau Unterkunftsräume vorhanden, so findet sie meistens in einer Verfassung, daß sie eher Schweineställen gleichen. Gesteiz, Zement und alles mögliche wird darin untergebracht und damit der Arbeiter aus der Bude herausgefegt. Mit den Aborten ist es dasselbe. Die Behörde hatte eine kollektive Aufgabe, diese Mistklände zu beseitigen. Die Kollegen rätselten in dieser Periode keinen Ton, weil

se hange sind, die Arbeit zu verlieren; richtig ist das ja nicht, aber doch erklärlich. Hebrall gründet man Tierschutzvereine, erlässt umfangreiche Verordnungen zum Schutze der Tiere. In Essen hat man eine Fehlschule, wo Kutschfahrer und Fuhrleute fachgemäß ausgebildet werden, aber zum Schutze der Bauarbeiter geschieht rein gar nichts. Die Kollegen der Zahnärztliche Altenheile haben alle Wege, einzeln und fest zusammengehauften; befiehlt eifrig die Versammlungen und betätigt Euch an allen Veranstaltungen der Organisation. Haben wir hier am Orte bald den Umtrieb der „schwarzen“ und „blauen“ Brüder auch kein Dolal, so steht eins doch das Dolal von Thomas in Stiessenberg, und Nordstraße, das es Euch, Kollegen, ernst ist mit der Organisation, führt die noch Arbeitssuchenden der Organisation zu und sorgt dafür, daß alle Kollegen die Beiträge zahlen und die Extramartern prompt leben. Schuldet Euch so, daß wir im nächsten Jahre beim Ablauf des Tarifvertrages eine wohldisziplinierte Kampftruppe bliden können, dann werden wir trotz der folgenden Konjunktur weiter Erfolge an unserer Fahne heften können.

Altötting. Sonntag, den 1. September, sollte in Ganglofen eine Bauarbeiterversammlung stattfinden. Uns der Referent, Kollege Stadler aus München und einige Kollegen aus Altötting und Neumarkt a. d. Rott am Bahnhofe Ganglofen ansteigen, erwartete sie ein Kollege mit der Nachricht, daß ihnen in letzter Stunde das Benjamin-Lobal abgesagt worden sei. Und das tam so: Nachdem die Versammlung beim Bürgermeister angemeldet war, ging der Ortsvorstand sofort zum Pfarrer, welch beide dann nichts Eriges zu tun hatten, als von einem Bruder zum anderen zu gehen und ihnen die nötige Befreiung zu geben, daß sie die verbotenen roten Mauerer nicht aufnehmen dürften. Hier zeigt sich wieder einmal die christliche Nachgiebigkeit im hellsten Lichte. Gerade in Ganglofen wurde es dringend nötig, die Mauerer aufzutreiben und zu organisieren, gab man ihnen doch hier Stundenlöhne von 28 bis 24,-. Trotz der heßischen und geistlichen Beeinflussung ließen wir aber das Motz nicht fallen. Um demselben Sonntag fanden sich noch drei Kollegen, die jedoch bei einem anderen Meister arbeiten, welche versprachen, daß jeder agtieren wird, sobald er kann, dann gemäß in 14 Tagen eine Versammlung stattfinden kann. Schließlich hatten wir auch noch das Glück, ein Lobal aufzutreiben, um uns der Besieger mit Handschlag versprach, es uns unter allen Umständen zu überlassen. Es handelt sich in Ganglofen um 40 bis 50 Mauerer, die der Organisation angehören werden können und müssen, was von großer Bedeutung ist, da Niederbayern in dieser Beziehung noch schrecklich ist. Können wir an diesem Ort festen Fuß fassen, so sind wir wieder um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Hoffen wir das Beste!

Berlin. Die Section der Buber hielt Sonntag, den 1. September, eine Mitgliederversammlung ab. Der Sectionleiter, Kollege Schulze, berichtete über die ver-
schiedene Bewegung im Baumwollverein und teilte mit, daß nun
endgültig über die Unterhüftungsfrage sowie Extrabehälter
beslossen werden müsse. Die Verhandlung nahm folgende
Resolution an: „Die Extrabeiträge hören mit dem
31. August auf. Die Unterhüftung wird an diejenigen
Kollegen, die ihren Verpflichtungen nachkommen sind, bis
am 14. September gezahlt.“ Die Extrabeiträge waren
und sind eventuell naduzuzahlen von 22. Mai bis 27. Juli,
für 55 Tage, pro Tag 1 M., dann von 29. Juli bis
31. August, für 30 Tage, pro Tag 55 S. Es treten somit
Montag, den 2. September, für uns die wöchentlichen
Extrabehälter von 60 S. in Kraft, die laut Bekanntmachung
des Verbandsvorstandes in Nr. 23 des „Grundstein“, bis
 zum 30. September zu zählen sind. Die Legitimations-
karten über die Streitbeteiligung werden von Montag, den
2. September, an ausgegeben. Vorher müssen alle Ver-
pflichtungen erfüllt sein. Das gilt auch für die Kollegen,
die auswärtigen Zahlstellen angefahren sind im Loßgebiet
Berlin abweilt oder Streitunterhüftung beantragt haben.

Elsing. Der Boykott des Gewerkschaftshauses dirkte von oft und wesentlichem Genossen gänzlich überhand ge-
kommen sein. In nachstehendem deshalb noch ein paar Worte
zur Erklärung der Situation. Die Polizeistunden für das Gewer-
kschaftshaus ist am 12 Uhr festgesetzt. Nun verlangte Herr
Bauhennheim fortgelebt, daß die Verhandlungen - gleichviel,
ob öffentliche oder Mitgliedsverhandlungen — um 11 Uhr beendet
werden müßten. Das Gesetz kennt eine solche Beschränkung nicht.
Werther muß man anerkennen, daß die Elsinginer Polizei-
beamte sich bemüht, auch die Sozialdemokraten in ge-
richtlicher Weise zu behandeln, Schwierigkeiten "also von dieser
Seite nicht zu erwarten waren".

Seite nicht die erwartet waren. Alle Bemühungen fruchten abei bei Passenheim nichts. Es bestand auf seinem Kopf und mußten wiederholte Versammlungen abgebrochen oder vorzeitig abgeschlossen werden. So ging es auch der außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 22. August. Hier waren bei der Statutenberatung noch zwei Paragraphen zu erledigen. Durch die Handlungswelle Passenheims, der laut lärmend den Schluß der Versammlung verlangte, war die Erledigung der Statutenberatung unmöglich. Am 26. August beschäftigte sich die Sitzung des Gewerkschaftsrates und der Parteileitung mit dem Verhalten Passenheims, der an dieser Sitzung teilnahm, indes er stets ablehnte, seinen rigorosen Standpunkt zu ändern. Am 23. August fand die zweite außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Diesmal erschien Passenheim noch vor 11 Uhr und verlangte den Schluß der Versammlung. Der Genosse Schröder, der die Versammlung leitete, fuhr in der Erledigung der Tagesordnung fort. Passenheim begann das Gas auszudrehen und forderte sämtliche Anwesenden auf, das Gas zu verspielen, zum ersten, zum zweiten, zum dritten Mal. Um zu schützen, die Anwesenden sich flüchten. Die Empörung unter der Arbeiterschaft war allgemein und eine stark empfuehlte Sitzung aller Funktionäre am 1. September beschloß die Überstellung in den "Vereinsgarten" und den Vorhof des Gewerkschaftshauses. Der Passeheimer erläutert in den Montaguntermitteln der Elbinger Presse Interate, in denen er "ungentilatärit" und "Gewaltanwendung" vorwirft. Nun, wenn jemand brutal und gewalttätig gehandelt hat, ist er es gewesen. Wenn in Teil der Arbeiterschaft, hörte er nicht, daß er

andere Teil, nicht bleiben und dem zusehen. Pflicht aller gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter ist es nun, auf strenge Durchführung des Boykotts zu sehen.

Blöha. Sonntag, 1. September, tagte hier eine öffentliche Maurenveranstaltung, zu der auch die Bauarbeiter eingeschlagen waren. Trotz der relativen Bekanntmachung hielt es den größten Teil der Kollegen nicht für angebracht, der Versammlung fernzubleiben. Sie hofften möglicherweise, die Kollegen aus den Verbandsangelegenheiten mehr Interesse entgegenbringen. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde vom Kollegen Louis Klemm aus Zwönitz ein Vortrag über das Thema „Arbeiter- und Unternehmerorganisation“ gehalten. Der Referent erklärte den Kollegen die Ziele und Wege und führte die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation vor Augen, seinermeisterlich er die Kampfesweise der Unternehmerorganisation, die alle Hebel in Bewegung setzt, um die Organisation der Arbeiter zur Strecke zu bringen. Unter großem Beifall schloß Klemm nach kläffenderstümlicher Ausführung sein Referat. In „Verlebendes“ gab der Vortrag bekannt, daß sich ein Kollege schwer gegen die Verbandsinteressen vergangen hat. Nachdem mehrere Kollegen den Sachverhalt näher befreit hatten, wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, den Ausfall des betreffenden Kollegen beim Verbandsvorstand zu beantragen. Nach einer Aufmunterungs-

der Gewerkschaftsbundes zu beantragt. Nach einer Aufführung dieser Agitation für den Verband wurde die Verhandlung geschlossen.

Gelsenkirchen. Endlich ist es auch hier der Arbeiterschaft gelungen, sich ein Lofal zu sichern, das eingemahnen ihren Ansprüchen genügt; es ist eines der besten Lofale am Platze. Die Vertretung der Gewerkschaften und der Partei hat mit dem Wirt Jungenbaa, Hochstraße 1, einen Vertrag auf vorläufig fünf Jahre abgeschlossen, wonach das Lofal allen Bevollmächtigten der Arbeiterschaft zur Verfügung steht. Auch die Bureaus der Gewerkschaften und das Arbeiterselbstrat werden dahin verlegt. Ferner hat sich die Arbeiterschaft das Vorlausrecht gesichert. Der Vertrag ist unter Unterlegung einer gegenständigen Kaufliste von je 4.000 notariell geschlossen. Hoffentlich bekommt die Arbeiterbewegung in Gelsenkirchen durch die Erweiterung eines Heims einen neuen Impuls zur satten Aufwärtsbewegung. Gisckhoff.

Halle a. d. S. In der am 5. September in der „Moritzburg“ tagenden Mitgliederversammlung wurde zunächst die Streifabrechnung bekannt gegeben. Die Revisoren bestätigten ihre Richtigkeit, womit diese Punkt erledigt war. Dann wurde über die vom letzten Verbandsstag beschlossene Gehaltsregulierung abgestimmt. Fazit: Röder unterbreitete der Versammlung folgende Resolution: „Die heute in der „Moritzburg“ tagende Mitgliederversammlung des Volksvereins Halle kann sich mit den auf dem letzten Verbandsstag gefassten Beschluss über die Gehaltsregulierung und -Erhöhung für unsere Beamten nicht einverstanden erklären. Sie legt daher ganz energisch Protest dagegen ein. Die Versammlung ist der Auffassung, daß der Verbandsstag bei Feststellung der Gehaltsstaffel weit über den bei Gründung des Verbandes aufgestellten Grundsatz: „der Gehalt soll in der Regel dem Höchstlohn eines Maurers am Oste entsprechen“, hinausgegangen ist. Auch der demokratische Gedanke, mittler Weise zu führen und zu leben, ist nach Meinung der Versammlung in diesem Beschlüsse nicht zum Ausdruck gekommen. Die Gehalte können bei uns nicht so hoch sein wie in der bürgerlichen Gesellschaft; auch nicht in den von uns angestrebten Staatswesen, wo jedes Mitglied, nicht nur eingetragen, an den Entlohnungen teilnehmen, wo alle Klassenunterschiede verschwinden sollen. Jetzt, wo wir unter schweren Opfern die Gelber für die Kämpfe und Errungen im Verbande aufzufinden müssen, erachtet die Versammlung 20 p.M. mehr als der Höchstlohn eines Maurers am Oste für ausreichend, da doch jede Nebenausgabe durch Däulen und dergleichen erstellt wird. Ferner protestieren die hallischen Maurer gegen die Verformung, Nachbildung und den Eingriff in das Selbstvertragsrecht des Volksvereins durch den Beschluss des Verbandsstages in Bezug auf die Lofsalabschaffung. Die Mitglieder haben Pflichten, deshalb fordern sie ihre Rechte.“

Die meisten Redner schlossen sich den Ausführungen Mörsers an. Mit großer Majorität wurde die Resolution angenommen. Dann wurde darauf hingewiesen, daß die Kollegen, die zu neuen Verbindungen gearbeitet haben, pro Tag 10 & zu viel bezahlt haben. Beschllossen wurde, daß das Jahreskonto jeder Kollegie 10. % pro Mart zurückzuerledigen soll. Auch wurde über das Gehalt, daß der Kollege Dege jetzt auf Grund des Verbandsabstimmungslustes bestimmen soll, eine Aussprache herbeigeführt. Dege erklärte, daß er nichts von dem was beschlossen, absehe. Die Verhandlung stellte sich auf den Standpunkt, diesen Beschuß nicht Rechnung zu tragen. Die nächste Verhandlung wird darüber entscheiden. Ferner wurde ein Gesuch des Kollegens Löppen um Erfolg seiner Streitbeilegung abgelehnt. Schließlich wurden einige Anträge abseiten des Unternehmensberichts auf Beschränkung bekannt gegeben. Die Kollegen werden eracht, solche sofort zu melden.

U n m e r k u n g d e r R e b a t i o n : Wir können es verstehen, daß die holländischen Kollegen verärgert sind. Das begreift sich aus dem ungünstlichen Verlauf der Löhnbewegung. Aber dieser Verdruss wird ja dadurch nicht geringer, daß man auf Verbandsstagsbeschlüsse und Verbandsseinrichtungen schimpft und sie mit unangemessenen Mitteln bekämpft. Das sollten doch die holländischen Kollegen wissen, daß sie mit ihrem Protest nicht einschall und falls einen Verbandsstagsbeschluß unmöglich machen können. War der Beschluß irrig, dann wird er auf dem nächsten oder übernächsten Verbandsstag seine Nichtigkeit stellen. Das kann aber nur geschehen, wenn man derartig die richtigen Erfahrungen gesammelt hat, daß der Beschluß verfehlt war. Gewißlich kann man aber das nicht als Erfahrung hinstellen, wenn man beschließt: Wir wollen nicht! Der Kollege Röder und die übrigen Beschlusssieger fehren eindeutig eine hochentwickelte demokratische Geistigkeit herbei. Aber es scheint auch nur so, denn Demokratie ist es wirklich nicht, was sie predigen und anwenden. Wenn man ihr Gebaren bei richtigem Namen nennen will, dann kann man es nur als Anarchie bezeichnen. Der irgend einer Gemeinschaft angehörende will, ganz gleich welchen, die Vereinigung verfolgt, muß es verstehen oder lernen, sich den Beschlüssen der Mehrheit unterzuordnen. Es ist sein gutes Recht, für seine Ansicht zu streiten und zu vertreten, Anderen zu gewinnen; bleibt er ammt und aber in der Minderheit, dann darf er nicht sagen: nun ist recht nicht! Nein, als guter Demokrat arbeitet er an den Werken, wie es die Mehrzahl seiner Genossen beschlossen hat. So müssen auch die Kollegen vom holländischen Zweigverein antworten, ob sie dabei nur können, die Beschlüsse des Verbandsstages

Gesamtvertretung des Verbandes, ihm obliegt die Erledigung aller Verbandsangelegenheiten, und er faßt seine Beschlüsse nicht in dem Sinne, daß ein Zweigverein sie je nach Belieben befolgen oder ignorieren dürfte.

Hamburg. (Situationsbericht.) In Nr. 15 des „Grundstein“ haben wir die Wiummung ausgesprochen, daß die Konjunktur in Hamburg wahrscheinlich ihren Höhepunkt erreicht habe. Dies hat sich nunmehr leider bestätigt. Die Arbeitslosigkeit hat hier augenscheinlich einen Umfang angenommen, wie wir sie seit mindestens den zehn Jahren nicht kennen. Eine gewisse Störung in der Bautätigkeit sind wir hier alljährlich in den Monaten Juli und August gewohnt, in den Herbstmonaten wurde die Nachfrage nach Arbeitskräften aber in der Regel recht lebhaft. Dafür sind leider in diesen Jahren gar keine Ausflüchte. Den reisenden Kollegen diene dies

zur Bedeutung, damit sie sich vor Schäben und Verlusten bewahren. Die Baugewerksinnung „Bauhütte“ sucht sich die Arbeitslosigkeit zu nutze zu machen, indem sie ihrem Tarif, der von uns nicht abgesegnet wurde, teilweise Geltung zu verschaffen sucht. Besonders handelt es sich um die Einführung des Wochenarbeitsstaus am Donnerstag. Eine solche Abrechnungs- und Vorbereitungssatzung hat die Hamburger Kollegenschaft von jeher bekämpft. Erfreulicherweise gelang es auch jetzt, wo es einzelne Unternehmer verachteten, ihren Willen durchzusetzen, diese in ihre Schranken zurückzuweisen, bis auf den Unternehmer Schult, über den noch die Sperre verhangt ist. Zweibereichsverhandlungen wurden hier in der Zeit vom April bis September sieben abgehalten. Zur Meister wurde wie in den Vorjahren die stärkste Arbeitsruhe beschlossen, und der Betrieb soll auch abgesehen von einzelnen Ausnahmen gut durchgeführt. — Die Kollegen von der Gewerks- und Handelskammer haben ihre Arbeitsbedingungen durch einen achtstündigen Streit verderbt. Daß die Kollegen so geschlossen vorgehen würden, hatten sich die Unternehmer nicht träumen lassen. Es war die Feuerprobe für die junge Sektion. — Zu dem ebenfalls bereits in Nr. 15 des „Grundstein“ erwähnten misstrauischen Eintrittsversuch mit der „Freien Vereinigung

der Mauer Hamburgs" ist noch nachzutragen, daß sich in der ihnen gewährten biermöhigen Freiheit zirka 15 Mitglieder der Vereinigung wieder in den Verbund aufnehmen ließen. Eine spätere Versammlung, unferes Zweckvereins beschloß dann durch Erneuerung einer bereits im Jahre 1905 angenommenen Resolution, den Mitgliedern der "Freien Vereinigung" ihre selbst gewählte polternde Stellung auch auf den Arbeitsplätzen zu überlassen und seine Arbeiten mit ihnen gemeinschaftlich auszuführen. — Eine ziemlich gut besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dem Extrabetrag. Nach einem Referat des Kollegen Bünig glaubten zwar noch einige Kollegen, eine recht absäßige und recht billige Kritik über die Maßnahmen des Verbandsleitung ausüben zu müssen, die meisten Redner vertraten aber eine gegenteilige Ansicht. Die Stimmlösung der Versammlung zeugte davon, daß man unter Berücksichtigung alter Umstände die Notwendigkeit des Extrabetrages erkannte.

Gewähnlichkeit ist noch, daß sich zwei Verhandlungen mit der Krankenfassenfrage beschäftigen. Es kann wohl behauptet werden, daß in keiner Stadt eine solche Zerplitterung im Krankenfassenwesen vorhanden ist wie in dem Städtekomplex Hamburg-Altona-Bandsee. Große Summen sind es, die durch die Zerplitterung unzähligerweise an Verwaltungskosten verbraucht werden, die aber durch eine Vereinigung der Hilfskassen zweckentsprechender im Interesse der Mitglieder verbraucht werden könnten. Dazu, den Krankenfassenverbänden etwas zu entnehmen wird, um hier Sicherung zu schaffen, dafür ist keine Hoffnung vorhanden. Es bleibt der Arbeiterschaft Hamburgs weiter nichts übrig, um den so schwer belastenden Liebesstand zu beseitigen, als für den Eintritt in die Ortskrankenkassen zu wirken. Vorbereitend fand bereits die Holzarbeiter vorgegangen, indem sie beschlossen, joint und horders der Ortskrankenkasse einzutreten. Nachdem sich unsere Kollegen in Borwörde und Bohlstein zusammengetunten ebenfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt hatten, wurde beschlossen, die Krankenfassenfrage mindestens in einer Zweigvereinsverhandlung zu behandeln, um dann eine Urabstimmung vorzunehmen. Die angeregten erfolglosen Abstimmungen in Verbindung mit der Anhahme einer Statistik über die Kräftezugehörigkeit illustriert recht treffend die Zerplitterung des Krankenfassenwesens in Hamburg und umgegeben. Von den befragten Mitgliedern waren 4087 Mitglied einer freien Hilfskasse, 5 gehörten einer Betriebskasse, 130 der Ortskrankenkasse an. Die Fragen, ob die Mitglieder gewillt seien, der Ortskrankenkasse beizutreten bzw. ob sie im Falle der Begehung des Unternehmers, wie einzuwählen, bereit seien, dieses mit allen gesetzlichen Mitteln (eventuell Arbeitszeitteilung) durchzuführen, wurden beide mit starker Dreiviertelmehrheit bejaht. Interessant ist nun die Tatsache, daß sich 3926 Mitglieder (161 hatten den Namen der freien Hilfskasse, der sie angehören, nicht angegeben), auf nicht weniger als 46 Kassen, wie folgt verteilt: Zentralkasse „Grußmark zur Einigkeit“ 1488, Allgemeine Nr. 63 686, Allgemeine Nr. 32 377, Berliner Mauer Nr. 27 266, Große Arbeitersklasse Nr. 219 116, Tontuva 75, Große Vereinskasse Nr. 220 68, Phönix 84, Germania 128, Schubmaderkasse 49, Victoria 36, Große Hamburg-Altonaer Arbeitersklasse Nr. 209 49, Schubmaderkasse 71, Militärische Kameradschaft 4, Freisau 87, Allgemeine Krankenkasse Nr. 19 161, Große allgemeine freie Krankenkasse 16, Brüderliche Einigkeit 28, Zentralkasse der Zimmerer 2, Schiffsarbeiterkasse 18, Hanse 16, Freie Hilfskasse Nr. 9 2, Morgenstern 6, Mauererkasse Bandsee 92, Beauftragte der Maler 1, Güte Hoffnung 5, Eppendorfer Kranken- und Sterbekasse 3, Dorfkirchsteife 3, Dresdnerkasse 3, Steinbecker Krankenklasse 20, Blindenkasse 4, Stütze der Kranken 2, Stellingen 42, Militärischer Brüderhauses Bahnhof 7, Eintracht 3, Einigkeit 2, Auguste Karrenbier 3, ferne Fünfenvärder Krankenkasse 2, Treue Selbsthilfe, Große allgemeine freie Krankenkasse Nr. 151, Mitter St. Georg, Zentralkasse der Tapetierer, Metzgerwerker blühende Lehren, Freundschaftskasse, Blutschwester Krankenkasse, Brüderlicher Brüderverein und Bergedorfer Kranken- und Sterbekasse je 1. — Über die nunmehr zu treffenden Maßnahmen wird eine weitere Versammlung zu entscheiden haben. Ob es ratsam, in diesem Jahre noch in Urtum zu treten, scheint unter den obwaltenden Umständen recht fraglich. — In einer am 5. September abgehaltenen Zweigvereinsverhandlung referierte der auswährenden Kollegie über das Leitungsswesen. (Siehe Verbandsblatt-Bauprotokoll Seite 445.) Dieder sprach am Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrages die Meinung aus, daß, wenn der nächste Verbandsitag auf Grund der angenommenen Resolution positive Arbeit leisten sollte, jetzt der Anfang gemacht und die Leitungssfrage in das Arbeitsprogramm der Zweigvereine mit aufgenommen werden

müsse. Nedner stieg die Wahl einer Lehrlingskommission vor, sich ausdrücklich die Frage zu widmen, ob die. Die Bewegte sich vollständig im Sinne des Referenten. Die von den beantragten Kommissionen wurde bis nach einer Vorstandssitzung, die sich noch näher mit der Frage beschäftigte, vertragt. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit dem Antrag in Bergrichtshälfte stehenden „Bund der Maurer- und Zimmermeister“, der entgegen den tariflichen Bestimmungen der Kollegen Arbeitszeitvorteile zur Nutzenstiftung vorlegt, der Inhalt gegen den Vertrag verstößt. In einer Sitzung Schlichtungskommission wurde diese Schein von unserem Vertreter beanstandet. Über den Entschluß der Versammlung Bundes soll den Vorständen schriftlich berichtet werden. Schließlich sei noch erwähnt, daß der Brotverein Hamburg am 10. August das 25jährige Jubiläum einer unterbrochenen Maurerorganisation unter reger Beteiligung der Kollegen feierte.

Melle. Sonntag, 1. September, fand hier die 14 tägige Versammlung statt. Die Mitglieder wurden um pflichtmässige Erfahrungen in den Versammlungen gebeten und ermahnt, Beiträge besser zu bearbeiten, hauptsächlich die Extrabeteiligung. Alsdann referierte Kolleg Peteren vom Zweigverein Osnabrück über den Ause des Extrabeteiligungs. Er betonte, daß die hebung dieses Beitrages nicht wegen des Berliner Rohrbruches gekommen sei, sondern er solle einer Verstärkung des Handwerks dienen, um für den Fall, daß die Unternehmer 1802 verhüllt, eine Massenaussperrung vorzunehmen, gerüstet zu sein. Alsdann referierte Kollegen Peteren über die Anstellung eines Postbeamten für Osnabrück und Melle. Er führte aus, daß die christlichen Fachberufe von Osnabrück und Melle seit längerer Zeit einen Postbeamten Osnabrück angestellt hätten, der die Umgegend von Melle Osnabrück agitatorisch bearbeitete. Nun ist die Frage geworfen worden, ob es möglich sei, in unserem Zweig einen eigenen Postbeamten anzustellen. Es wurde zum beschlossen, eine besondere Mitgliederversammlung einzuberufen, um dieser die Sache zu unterbreiten.

Nürnberg. (Bildungsbestrebungen.) Der Verstand des Zweigvereins Nürnberg-Höchstädt hat im Verein dem Gauvorstand beschlossen, während der Blümlerntermin ein Unterrichtsfürstus einzurichten, in dem Kollegen unfreies Sitzes befinden, aber das Wesen und die Entwicklung des deutschen Mauererbandes unterschieden werden sollen. Lehrgegenstände sind ausgerichtet: 1. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung unter besonderer Berücksichtigung unseres Bandes. 2. Verfassungsgeschichte und das bayrische Vereins- und Verfassungsgesetz. 3. Buch- und Kassenführung, so unter Bertrand in Betracht kommt. 4. Bauarbeiterlehrgang. Unterrichtsstunden sind unentgeltlich; es können auch Kollegen unliegenden Zahlscheinen und Zweigvereine daran teilnehmen. Besonders die jüngeren Kollegen machen wir heute schon diese Einrichtung, die zum Segen der Organisation werden aufmerksam.

Svenstedt. (Erwidерung auf den Bericht
Gäbe in Nr. 85 des "Grundstein".) Es heißt in
Bericht: „Hier arbeiten jetzt einiger Zeit Kollegen
Svenstedt, die als Spezialarbeiter auftreten, aber
einem ihre Pflichten als Verbandsmitglieder zu le-
scheinen. Sie haben sich nicht einmal angemeldet
außerdem führen sie Aufforderungen aus, die bei uns
hören sind.“ So viel Worte der Bericht enthält, so
Unnachahmbarkeit enthält er auch. Als wir in Göthe-
Arbeit aufnahmen, begaben wir uns zum Kaffee-
Kollegen Arndt, lehrten ihm von unserer Unwissenheit
Kenntnis und dienten uns Anmeldung. Er erwiderte,
er und nicht anmelden wolle, weil wir in Afford arbeiten.
Nach Befreiung gesagt, habe er: „Ihr arbeitet in Afford,
ich melde Euch nicht an; denn Ihr müsst doch wieder
reisen.“ Wir fingen selbstverständlich an, zu arbeiten.
Abends gingen wir wieder, in die Wohnung von Kaffee-
Kollegen Arndt, wo wir noch mehrere Kollegen trafen; wir fanden
diese, wie sie eigentlich gegen uns einzuhauen schienen,
die hier war es doch Zeit, sich auszuprobieren, aber nicht
wollte, was sie eigentlich von uns wollten; nur ich
sagte immer wieder: „Ich bleibe dabei, Ihr arbeiten
Afford.“ Ich meine, ein jeder Kollege wird es als
verständlich finden, daß ein Unternehmer fremden Mann
nicht mehr Dohn geben wird als den einheimischen,
die sich nicht verpflichten, auch das nötige Arbeitsqua-
datur zu leisten. Da mögen nur die Kollegen, wer-

in fremden Orten Bucharbeiten ausführen, immer für Wir arbeiten in Logeloh, die zum Lohn verhältnismäßig Arbeit müssen sich immer zu leisten verpflichten, aber die Kollegen in Clöze dazu kommen und jagen. Wir scheinen unsere Brüder nicht zu kennen, sie sind ein Rätsel. Das ganze Gehabe der Kollegen hat nur gezeigt, daß es der pure Neid gegen die fremden ist, der sie veranlaßte, uns Knippe zuwidern. Haben sich die Kollegen doch nicht geniert, Krüppel, der bei uns half Löcher sollte, zu erkläre. Wenn Du bei den anderen arbeitest, müßtest Du den anderen auch noch brechen. Ein „christlicher“ Wunsch, recht zum Hausesgen des Kollegen Stadt pocht. Doch den Kollegen in Clöze, nur ihren Ruf, der gerade genug ist, etwas zu haben. Der Kollege Arndt hält es reden. Ihm kann eine Arbeitslosigkeit nichts anhaben, er schwingt seine Hände auf die Schulter und bearbeitet 30 Morgen Acker. Wenn die Clözer uns nicht als Feinde anerkennen können, ich habe mein Urteil auch übergeben, die Zeit wird's lehren - das wie Angelehrte in Neu-Jemmerik betrifft, so sind auch das Anträge, die jeder Unterlagen entbehren. Die vier Männer haben in Neu-Jemmerik einen halben Tag gearbeitet, konnten aber kein Logis bekommen und nahmen, wieder abreisen, für diesen halben Tag pro Mann. Dies wird der Bauherr, Gutsbesitzer Dame in Jemmerik befürchten können. Der Clözer Kollege, der dort gearbeitet und diese Unzulänglichkeiten verdeckt hat, möglicherweise seinen eigenen Für lehren". In Clöze will er keinen Arbeitnehmer in Afferd und arbeitet bis Weihnachten 7 Uhr. Weiß dafür trete ich an. Ich kann nur wünschen, daß recht viele fremde Kollegen in Clöze arbeiten, steigt der Lohn und verbreitert sich ihre Arbeitsbedingungen, als durch ihre Anstrengungen.

Richard Ehrenst

Röha: Die am 1. September abgehaltene, leider schwach besuchte Versammlung beschäftigte sich mit dem Wert der Verkürzung der Arbeitszeit. Genosse Wittig-Leipziger hielt darüber einen Vortrag und überzeugte in klarer, sachlicher Weise die Kollegen von der Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit. Die Diskussion ergab einmütige Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten. Unter „Innere Berufungsangelegenheiten“ wurde der schlechte Versammlungsbesuch der Kollegen gerägt. Weiter wurde erläutert, daß einige Kollegen ihre Matern nicht da entnehmen, wo sie arbeiten. Der Beiratssmann wurde beauftragt, den Betreffenden keine Matern mehr auszuhandigen, da er doch sonst gegen das Statut verstößt.

Tangermünde. Unsere Zweigvereinsversammlung am 8. d. M. hatte sich eines guten Verhörs zu erfreuen. Der Vorsitzende schärfte die Vorgänge, die sich hier in den letzten Wochen abgetragen haben. Ein Lofal des Herrn Beneke war bisher eines unserer Berchtesgadlale. Am 12. vorigen Monats erklärte sich jedoch Herr Beneke mit der Einsicht, daß er von uns erzählt, nicht zufrieden und verlangte, daß sämtliche der Sozialdemokraten angehörigen Sachen sobald als möglich aus seinem Lofal entfernt würden. Diejenen Verlangen wurde auch entprochen. Am 14. August erschien nun ein Inserat in der Zeitung, worin Herr Beneke stand, daß er den Sozialdemokraten sein Lofal entzogen habe. Die Form war eine maßlose Verhöhnung der Tangermünder Arbeiterschaft. Es wurde nun umhinknack nach einem anderen Lofal gehäuft und es erklärte sich der Inhaber der „Stadt Magdeburg“ bereit, sein Lofal zu Arbeiterversammlungen herzugeben. Am 24. August informierte jedoch der Inhaber der „Stadt Magdeburg“ ebenfalls, daß er sein Lofal für derartige Versammlungen nicht hergeben werde. Es wurde nun in der Versammlung beschlossen, diese beiden Lofale streng zu meiden:

Ulm. - Zu dem Bericht in der vorigen Nummer unserer Blätter erhalten wir folgende Beichtigung: In Nr. 8 dieses Blattes bringen Sie in einem Versammlungsbericht unter Ulm u. a. auch folgendes, das ich in einer öffentlichen Verhandlung dort am 19. August gesprochen haben soll: "Die Arbeitgeber werden heute durch Regulierung nach Tage und Stundenlöhnen von den Arbeitern ausgebeutet, bei Tagelohn arbeiten sie über die Arbeitstundenlang auf dem Aboi und rauchen Zigaretten, Zigarren sind ihnen nicht mehr gut genügt. In Alford arbeiten sie mit allen Kräften, um den Tagelohn zu überschreiten und einen Leibdienst zu erzielen, während sie bei Tagelohn dem Meister den Tag abziehen". Ich erkläre hiermit, daß eine derartige Ausführung meinerseits nicht gemacht wurde.

Sekretär des Gewerkvereins der deutschen Bauhandwerker

Aus Oberschlesien.

In Nr. 38 des „Grundstein“ lesen wir einen kurzen Bericht über Münsterländer aus einem Bau in Neudorf. So bedauerlich diese Vorortgemeinde sind, müssen wir leider doch erläutern, daß sich diese Burgenländer nicht auf Neudorf und auf den Bau des Herren Jaunich beschränken. Jaunich ist Mitglied des „Arbeitgeberverbands“, deren Vertrag, der zwischen dieser Corporation und unserem Verein besteht, scheint er aber nicht zu kennen! Aber auch die Kollegen quälen sich wenig darum. Hier – Antoniuskirche-Neudorf – ist immer noch der düstere Windel Oberleitens, trotz der überaus regen Bautätigkeit. Ach, was könnten wir hier alles durchziehen, wenn die Masse der Kollegen nicht so stupide wäre. Wenn sie nur so ganz notdürftig den Wagen bestiegen würden, dann könnte alles anders gleichgültig. Hunderte von Fällen könnten wir anführen, wo die Fußboden nicht so beschaffen sind, wie sie sein sollen. Es soll der Fußboden gedreht und Lüsse und Ränder in genügender Zahl vorhanden sein. Nichts vorallem trifft man an, ebenbürtig Fenster mit Glasscheiben. In den Mäzenquartieren liegen 20 bis 30 Männer auf dem blauen Fußboden, oder wenn es hoch hergeht, haben sie einen dünnen Strohsack unter sich. Die Dielle ist Lagerstall, Dant und Liss zugleich. Beschüeden sind unbekannte Burgzugegenstände. Man nimmt einen Schlaf-Wagen in den Mund, spuckt ihn in die hohle Hand und macht das Gesicht damit über läßlich naß. Das infolge dieser elstlichen „Wächter“ die Krankheiten entstehen, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

„Unreife Auflösungsarbeit, die ja in dantonscher Weise durch den Zentralverband der Maurer Deutschland und den „Grundstein“ unterstützt wird, findet leider immer noch mächtige Wideracher in den „Christen“ und „Facharbeitern“. Diese Leute scheinen es geradezu darum abgesehen zu haben, die Maurer und Bauarbeiter Oberschlesiens in Dummmheit und Gleichgültigkeit zu erhalten; für die geistige und materielle Hebung der Arbeiterschaft haben nämlich weder die „Christen“ noch die „Facharbeiter“ etwas getan. Schon lange vor dem „sozialdemokratischen“ Zentralverband haben die „Christlichen“ hier „gedeckt“, aber bis vor zwei Jahren mußten die Maurer noch 11 Stunden des Tages für M 2,70 bis M 3,80 arbeiten. Als unser Verband den Kampf für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aufnahm, da waren es die „Christen“, die uns in den Rücken fielen. Ihre Führer haben verfügt, unsere Streikposten mit 25 J. zu bestechen und sie zur Aufnahme der Arbeit zu verführen. Polische Briefe und Depeschen wurden verbands- und die Streikenden tregazuführen und zur Ausgabe des Streiks zu veranlassen. So haben „christliche“ Arbeitgeber fort und fort im Bunde mit den Geistlichkeit und gemeinsam mit den Agenten der Unternehmer und der Polizei dafür gesorgt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter auf der niedrigsten Stufe bleibt.“

"Lich jetzt wieder jnd es „christliche“ Streitredner, die den Baumeister Jaunig davor schützen wollten, daß er geordnete Zustände auf seinen Arbeitssätzen einführen müßte. Am 24. August legten 33 Kollegen die Arbeit nieder, um die sogenannten Zustände, betreffend Baubuden, der, um zu befeitigen; auch wollten sich die Kollegen nicht abwringen lassen, für 14.3 präz. am zu putzen. Aber schon am 27. August waren zwei Poliziere mit einer Kommission „christlich organisierte“ Mauerte da, die frisch freim-freig die Arbeit aufnahmen. Ihnen schlossen sich

zwei „Christliche“, die die Arbeit mit niedergelegt hatten, an. Alles Sureben, die Arbeit doch wieder einzustellen, war vergangen. Verprochen haben sie es freilich, sogar auf „Schreinwort“, aber was ist solcher Leute Schreinwort. Sie bekommen 23 mehr für das am Pug als die Streitenden haben sollten, worüber sie so seelenvergnügt sind, daß sie sich auch ganz ohne Baubude und Wort helfen würden.

In Obergesetz ist halt noch ungeheuer viel Ausklärungsarbeit zu verrichten.

Aus Ungarn.

Budapest, im September.
Am 15. September ist es ein Jahr, daß der von dem Baumeisterverband frivol herausbeschworene Kampf begann, der die Budapester Maurer und Bauarbeiter zu willenslosen Slaven machen sollte. Für die Öffentlichkeit in der Kampf mit der amtlichen „Verbindung“ unserer Organisation beendet, aber an die Folgen ihres Sieges werden die Unternehmer ihre Gedanken: Was sie erfreuten, haben sie nicht nur nicht erreicht, im Gegenteil, sie haben den langsam glimmenden Funken zur gewaltigen Flamme des Kampfes angezündet, die im Ausgleich begrüßten Gegenläufe ins Unendliche zugespielt und unter Innen mit Hoh erfüllt.

In wen soll der Hoh nicht entflammen gegen eine Körperschaft, die unter bedrohlichem Bestand uns Arbeiter auf das Riesen des Kapitalier erneiden will, damit wir uns willenslos in ihr Foch beugen. Unleugbar hätte der Meisterverband unsere Organisation und deren zwölftägige Arbeit auf wirtschaftlichen und kulturellen Individuen als Arbeit wünschen, die nach Herzogenlust ausbeutet können. Was den Herren gar so weh tut, das ist die Solidarität und Widerstandsfähigkeit der Arbeiter; frech schlägt den Herren vom „Schinderverband“ der Mut, dies offen einzugehen.

Die von dem Meisterverband einstieg aufgestellten Verträge werden von den Arbeitern nicht eingehalten. Der Verband mag Ausperrungen veranlassen, so viel er nur will, die Maurer sind heute nicht mehr einzuschüchtern; im Gegenteil werden immer Kampfbereiter und erwarten kaum den Augenblick, wo sie den Angriff der Baumeister um so kräftiger zurückzuschlagen können. Die Organisationsdrücke bringt bei den Maurern Verstand und sie werden die von den Meistern so sehr gefürchtete Waffe im Kampfe solange gebrauchen, solange das Arbeitsericht nicht anerkannt wird.

Umsonst werden alle Maßregeln der Regierung und des Unternehmertums sein. Die Maurer kann man heute nicht mehr an der Nase herumführen. Unsonst wurde der „Förderbildungsverein“ gegründet; der selbstbewußte Maurer wird in demselben niemals Mitglied sein, weil er weiß, daß dieser Verein nur dazu dient, den Meistern „Arbeitswillige“ zu liefern. Die Maurer wissen, daß die Mitglieder dieses „Vereins“ Gehalten sind, die nicht einmal mehr in den Schnapskneipen gehabt werden. Individuen, die immer nur Freude der Arbeitssache waren.

Auch die Parteiführer, die jetzt den Karren der Ausbeuter ziehen, werden eine bittere Enttäuschung erleben. Dass die Kollegen jetzt bei ihnen arbeiten, bedeutet seine Unabhängigkeit zu ihnen, sondern es ist der Hoh, den sie nur so gebörig zum Ausbruch bringen können, wenn sie bei ihnen arbeiten und — auf die richtige Gelegenheit warten. Ebenjewenig hat sich der Polierverein der Szifloras bewußt, weil auch diese Ausbeutungsobjekte der Baumeister ihre elende Lage durchdraut und sich davon überzeugt haben, daß ihr Lohn für die 15 bis 18stündige Arbeitszeit auch nur ein Hungerlohn ist. Dabei müssen sie noch eine Doppelrolle spielen — beim Unternehmer den Arbeitsericht, beim Arbeiter den Arbeitsericht.

Das Blatt der Ausbeuter schreibt, daß es gelingt, die auf den einzelnen Bauten ausbrechenden Bewegungen zu unterdrücken, oder in der Scharfmacherprache: „die Duse herunterstoßen.“ — Wohl gelingt es den Unternehmern in einzelnen Fällen, durch grenzenloses Terrorhaus unsre Allianzen zu vereiteln, ihr „Sieg“ ist jedoch nur von kurzer Dauer, weil tiefe, eindringende Übel mit einem äußeren Salbenanstrich nicht geheilt, sondern höchstens nur verdeckt werden können.

Die Meister haben uns einen bedeutend günstigeren Dienst erwiesen, als sie es gar glauben würden. Ihr Angriff gegen uns hat der Maurerorganisation einen solchen Aufschwung gegeben, wie er Jahre hindurch schwer zu erreichen gewesen wäre. Zufolge ihrer Denunziationen wurde unser Verein aufgelöst, wodurch sie uns ermöglichten, es mit dem Ausbau unserer freien Organisation zu versuchen, was nach kurzer Zeit auch gelungen ist. Heute verfügen wir über eine Organisation ohne Statuten und ohne höhere Genehmigung, ferner über ein Haus- und Straßen-Vereinssammelbüro und haben eben so viel zahlende Mitglieder als ehedem. Diese Organisation besteht weder ihre Arbeit, die den Meistern noch viele bittre Tage verurteilt wird — obs' ihnen gefällt oder nicht. Sollten uns denunzieren, können ihnen schwarzer Grauen befiehlt: „Vorwärts!“ — wir streben weiter unserem Ziele zu, möglicherweise, was immer will.

Aus England.

Der Kongress der englischen Gewerkschaften hat in Bath stattgefunden. Die Zahl der Delegierten betrug 521 (unter ihnen 84 Parlamentarier), die 1.700.000 Mitglieder vertreten. Die Trades Unions sind also ungefähr 10 stark wie die freien Gewerkschaften Deutschlands. In seiner Eröffnungsrede sagte der Vorsitzende, das Parlamentsmitglied Gill: Früher habe man die Gewerkschaften mit Mützen auf betrachtet, jetzt aber nahmen sie im ganzen Königreich öffentliche Stellungen aller Art ein, und die Verbindung zwischen den Regierungsbehörden sei enger als je zuvor. Unter den Fortschritten der sozialen Gesetzesgebung, die seit dem vorjährigen Kongress in Liverpool zu vermerken seien, hob Herr Gill zunächst das Gesetz über Arbeitstreitigkeiten hervor. Viel hochbetonte Lords hätten sich scharf gegen den Entwurf ausgedrückt, aber die Stimme der Gewerkschaften sei durchgedrungen. Das Oberhaus habe das Gesetz zuletzt gegen seinen Willen angenommen, weil es einen Kampf mit den in Verbänden gegliederten Arbeitern gescheut habe. Das sei aber, ber-

beste Beweis für die Macht, die das gesetzte Volk besitzt. Den Unternehmern sei nun nicht mehr gestattet, die Verantwortung einzelner Personen bei Ausstandsvergehen haftbar zu machen. Das Gesetz über die Entschädigung von Arbeitern und Dienstboten für Betriebsstörungen nannte Gill ein treffliches Werk, für das die Arbeitnehmer der Regierung Dank schuldeten.

Eine kleine, aber inwertvolle Maßregel sei die Bestimmung über die Belastigung von Schulkindern. In London allein schätzte man die Zahl der Kinder, die jeden Morgen ohne ein eingemachtes genugiges Frühstück zur Schule gingen, auf 120.000. Wobei das nun auf Nachlässigkeit oder Armut der Eltern beruhe, den Staat dürfe jedenfalls nicht dulden, daß ein Kind Schaden leide; schon vom wirtschaftlichen Standpunkt müsse er darauf halten, daß das Kind aus dem Unterricht, den er hätte, Nutzen ziehe. Das Gesetz bestätigte übrigens nicht die Verantwortung der Eltern, da die Kosten von zahlungsfähigen Eltern eingezogen werden könnten. Trotz dieser Fortschritte sei es noch lange nicht an der Zeit, daß sich die leitenden Männer auf ihren Vorbeeren ausruhen; eine Regierung, die dem Ausbau der sozialen Gesetzesgebung nicht die größte Aufmerksamkeit widme, werde bald nicht lange am Thron erhalten. Eine wichtige Frage bei den Achtunderttagen für Bergarbeiter. Die Bewegung dafür habe am Kraft gewonnen.

Gingebend behandelte der Redner die Frage der Arbeitslosigkeit. In den letzten beiden Jahren habe der Handel einen bedeutenden Aufschwung genommen, die Gewinne der Industrie seien außerordentlich hoch gekommen, einige Gewerbereime hätten sich einen Anteil an dem vermehrten Gewinne zu sichern gewußt, andere Betriebe, die zu wenig gefestigt seien und deren Mitglieder zu wenig besteuert, hätten nur geringen Nutzen daraus gezogen, denn die Arbeitgeber berücksichtigten die Ansprüche ihrer Arbeiter nur insofern, als diese je mit Gewalt durchdringen könnten. Wenn in einzelnen Zweigen auch die Löhne gestiegen seien, sei doch die Lage vieler Arbeiter trüglich. Die Gründe seien unsicher zu erkennen. In manchen Industriezweigen, die früher nur Handarbeit getrieben hätten, sei die Maschine eingedrungen; in Maschinenbetrieben sei die Leistungsfähigkeit der Maschinen unzählig gesteigert worden. Ferner wurden die beschäftigten Arbeiter stärker ausgenutzt und die Neuerwerbungen hätten eine ungünstige Wirkung erzielt. Die Zunahme der Maschinenarbeit könne man nun so wenig hemmen, wie Mutter Parsonson die Flut mit ihrem Besen zurücktreiben könnte. Die Arbeitnehmer müßten zielbewußt ihre Anstrengungen dahin vereinigen, möglichst gute Löhne aus der Maschinenarbeit zu ziehen. Die Leibesstunden seien, wo es irgend angegebe, zu unterdrücken; es bedürfe hierzu keines Eingreifens der Staatsgewalt, die Arbeiter selbst hätten es in der Hand, Bandel zu schaffen. In Zeiten der Geschäftsstagnung solle der Verlauf gleichmäßig verteilt werden, besser sei es, die Gesamtheit der Arbeiter wäre nur an fünf Tagen der Woche tätig, als daß ein Fünftel der Arbeiter überkaputt ohne Beschäftigung sei. Das sicherste Mittel in den Industriezweigen, die am meisten unter einer schlechten Geschäftslage littten, bestünde darin, die Arbeitsstunden immer mehr herunterzudrücken. Inzwischen müßten Staat und Gemeinde bestrebt sein, ungelernten Arbeitern Beschäftigung zu geben.

Über die Altersversicherungsfrage ließ sich Herr Gill dahin aus: Die einzige richtige Lösung der Frage sei, daß jedem Arbeiter ohne Unterschied, und ohne daß er irgendwelche Beiträge zu liefern brauche, nach Erreichung des sechzigsten Lebensjahrs ein Ruhegehalt von mindestens fünf Schilling wöchentlich gewährt werde. Wie die nötigen Mittel aufzubringen seien, sei Sach des Schatzhauses. Über die Beziehungen zwischen dem Gewerbeverein und dem sozialistischen Flügel und über die Notwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens im Parlament kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Der Vorschlag des parlamentarischen Zusammens, die auf eine Einigung der verschiedenen Gruppen hinzielenden Bemühungen fortzuführen, wurde angenommen.

Die Tätigkeit englischer Arbeiter als Streikbrecher im Auslande wurde lebhaft erörtert. Das Unterhausmitglied Ward stellte den Antrag, der Kongreß möge den schärfsten Adel über die englischen Arbeiter aussprechen, die sich sozialpolitischen Vereinigungen verbünden hätten und so in Arbeitstreitigkeiten des Auslands einmischen, denn gewissenlose Kapitalistengruppen benützen dies, um Unfrieden zwischen den Arbeiter der verschiedenen Länder zu säen und das allgemeine Streben aller Arbeiter der Welt nach Kameradschaft und gegenseitiger Hülfesbereitschaft zu durchkreuzen. Die Regierung solle sich vom Parlament ermächtigen lassen, denen das Handwerk zu legen, die Streikbrecher nach anderen Staaten auszuführen, und so der Gefahr von Verwicklungen vorbeugeen, die aus solchen Machenschaften entstehen könnten. In der Begründung seines Antrages sagte Ward, es sei geradezu eine Schmach, daß in England die Streikbrecher angeworben würden, um den Arbeitgebern zu helfen, die in Antwerpen und an anderen Orten die Bemühungen ihrer Arbeiter um eine Besserung ihrer Lage unterdrücken. Wahre Engländer könnten sich nicht zu einem so schmuckigen Werk verlaufen. Außerdem aus London entflieht, er weiß nichts Schändlicheres, als das Auftreten sogenannter englischer Arbeiter in Antwerpen. Wie könne man von Chinesen-Arbeit schwören, wenn die in einem Schiff nach Hamburg beförderten Leute wie das Vieh zusammengepfercht und gezeichnet worden seien. Kein Wunder, wenn der englische Name in den Nassen fremder Arbeiter sinkt. Nach weiteren bestimmden Reden wurde der Antrag einstimmig angenommen und den Ausführungen in Antwerpen telegraphisch mitgeteilt.

Ein weiterer Antrag richtet sich gegen das Oberhaus. Cooper aus London regte an, der Kongress möge das Vorgehen des erblichen Oberhauses bei Juridisierung solcher Maßregeln verurteilen, die von den ge-

wählten Vertretern des Volkes im Unterhaus angenommen worden seien, da dadurch der politische und soziale Fortschritt gehemmt werde. Es möge die Regierung dringend auffordern, Schritte zu tun, um diese privilegierte Versammlung abzuheben oder ihre Wahlbefugnisse einzuschränken, und dadurch ein Hindernis beseitigen, das sich der Ausführung des Volkswillen durch seine erwählten Vertreter entgegenstelle. Im Oberhaus führte Cooper aus, sägen Leute, die sechs Millionen Hektar vom englischen Boden ihr eigen nennen, schwere Grundrente davon erheben und im Durchschnitt einen Brutto-Bauertag von 128.000 Pfund hätten. Waren das unparteiische Männer, die sich mit der Gesetzesgebung befasst dürfen? Die Geschichte des Oberhauses sei die eines fortwährenden Biderstades gegen politische, soziale und religiöse Reformen. Es sei für die Abschaffung des Oberhauses. Dieser Antrag wurde angenommen. Die englischen Gewerkschaften sind damit in eine hochwichtige politische Aktion eingetreten.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 1. bis 7. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Friedberg bei Berlin M. 400; Flensburg 800; Danzig 800; Halle a. d. Saale 200; Lüneburg 200; Bamberg 200; Berlin a. d. Elbe 150; Groß-Bornsdorf 120; Arnstadt 100; Sonnenburg a. d. Neumarkt 100; Roßlau i. Anhalt 100; Seddin (Bezirk Halle) 100; Brieske a. Elbe 100; Timmendorf 100; Straßburg i. El. 100; Duisburg 100; Schleiz 100; Summa M. 2670.

Zuschuß erhält Frankfurt a. d. Oder M. 300.

Altona, den 7. September 1907.

Karl Reiss, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeitsschuh, Submissionsen etc.

Nötigen! Unterlaß nie, von Unfällen, Bauneinheiten, überhaupt von allen wichtigen Vorlommitten auf den Bauten schnellstens einen jährlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Altenburg. Auf dem Erweiterungsbauplan der Altenburger Spielartenfabrik in der Fabrikstraße posierte Dienstag den 27. August, Vormittag 11 Uhr, ein Unglücksfall, der recht drastisch zeigt, wie leichtfertig Unternehmer oftmals mit dem Leben der Arbeiter umgehen. Beim Grundausbau an der Straßenfront in einer Tiefe von annähernd drei Meter war nicht abgesteckt worden. Baumeister Frenzel, der bekannte Altenburger Vertrauensmann der Bauerngenossenschaft, der den Bau ausführte, wurde vom Polizei aufmerksam gemacht, daß bei dem losen Boden abgestellt werden müsse. Herr Frenzel war anderer Ansicht: er befahl dem Arbeiter Kramer, noch einige Spatenstiche tiefer zu graben. Dieser hatte aber noch nicht den zweiten Spatenstich getan, als von der Straße vor die Wand zusammenbrach und ihn beimte begründet. Kramer hat eine Verlegung des Schüttelsteins und sonstige Quetschungen erlitten. Es ist noch verhältnismäßig gut abgegangen. Ob der Unfall dauernde Folgen für die hinterließ, ist jetzt noch nicht zu sagen; er hätte aber ebenso gut die Leibesfunktion des Unternehmers mit dem Leben büßen können. So etwas vorkommen bei denselben Herrn Frenzel, der seinerzeit auf dem Verbandstag der Thüringischen Bauerngenossenschaft einzelnen Sectionen des Vorwurfs machte, daß die hohen Rentenentnahmen auf schlechte Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen seien, was ja, nebenbei gesagt, ganz meine Meinung ist. Aber Herr Frenzel läßt dabei den übrigen Sectionen die Altenburger als Muster vor, weil da die geringsten Entnahmen gezahlt werden. Nun sind aber viele Altenburger Bauarbeiter dem Ansicht, daß die niedrigen Rentenentnahmen im Altenburger Bezirk weniger auf die schlechte Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, als vielmehr auf die gegenwärtige Tätigkeit des Herrn Frenzel beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung im Interesse der Bauerngenossenschaft gegen die Verleihen zurückzuführen ist. Auf dem Boden dergegenüber, Herzog-Ernst-Werk bei Oberdöbra hat sich Donnerstag, den 5. September, ein schwerer Unglücksfall ereignet. Ein Gerüst, auf dem zwei Maurer beschäftigt waren, brach in dem Augenblick, als es ein Koffträger mit seiner Last betrat, alle drei Mann, mit sich in die Tiefe reißend. Der Koffträger kam mit einigen Verletzungen an Kopf und Rippe davon, konnte aber nach einiger Zeit seinen Weg allein nach Hause antreten. Von den Maurern kam der eine mit dem bloßen Schredder und einigen Quetschungen davon, während der andere schwer verletzt wurde. Ein Koffträger war ihm beim Sturz auf den Unterleib gefallen. Er trug, wie der Arzt bei einer flüchtigen Unterfuehrung feststellte, einen Beinbruch davon, wahrscheinlich hat er noch innere Verletzungen erlitten. Bewußtlos wurde er nach dem Krankenhaus gebracht. Die Ursache des Zusammenbruchs ist, daß eine 45 m lange Gerüststange mittleren durchbrach. Wie die am Bau beschäftigten Arbeiter behaupten, soll diese Stange gemeinsam mit anderen Holzern nahezu ein Jahr in einem Knüppelbaum, der täglich mit den schweren Lasten befahren wurde, gelegen haben. Daß unter solchen Umständen der dastehende Gerüstbalken widerstandsunfähig wird, bedarf keiner weiteren Befreiung. Verantwortlich für die Bauausführung sind der Polizei-Krämer und der Bauunternehmer Bapf, beide aus Meuselwitz.

Bremen. Die Gewohnheit des Menschen Aunne, heißt es irgendwo in dem deutschen Sprichwörterbuch, und zur Gewohnheit scheinen den Bremer Maurern auch die Unfälle werden zu sollen. Viele Kollegen sind schon so abgestumpft gegen die Häufigkeit und Misstände aller Art, daß sie gar kein Aufsehen davon machen, ja nicht einmal schwere Unfälle werden dem Bereichsstandort, einer Unterfuehrung und Berufsfestigung gemeldet. Erst durch dritte Hand erfuhren wir von den folgenden Unfällen, die doch wohl geeignet sind, der Kollegenschaft bekannt zu geben, damit sie auf die Schäden aufmerksam werden und sich auf die Notwendigkeit befinnen, dem Arbeitsericht erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Alle Misstände und Unfälle

müssen sofort im Verbandsbureau gemeldet werden. Am 24. August wurde bei dem Unternehmer Ch. Klein in der Ahornstraße des Mauers Siedl. im Unterlängen einer Mauer durch herabfallende Steine so schwer verletzt, daß er mittels Sanitätswagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte. — Am 27. August, kurz vor 6 Uhr, stürzte von einem Neubau des Unternehmers Lentholt, Kornträger, ein Maler beim Streichen des Treppen ab. Auf dem Gerüst, auf dem er arbeitete, schüttete jegliche Schutzbordierung. Der Maler fiel aus der Höhe des zweiten Stockwerks auf das Schüttbacht und dann mit dem Kopfe auf den Bauzaun, wodurch ihm mehrere Zähne aus dem Mund geschlagen, die Oberlippe völlig zerquetscht und die Brust verletzt wurde. Er wurde in bewußtlosem Zustande mittels Sanitätswagen nach dem Krankenhaus befördert. — Am 30. August fiel bei dem Unternehmer Hoffmeier am Holzhafen der Mauer S. Samann infolge eines Fehltritts 8 m hoch vom Gerüst. Schutzbordierungen fehlten auch hier. — Am derselben Tage stürzten an der Unionbrauerei, Unternehmer W. Römermann, der Maurer Christensen und ein Arbeiter aus der zweiten Etage, wo sie beim Verlegen von Trägern beschäftigt waren. Die Balkenlage der ersten Etage war so mangelfhaft abgedeckt, daß die Verunglückten da hindurch fielen und im Parterre liegen blieben. Der Maurer erlitt trost alleben nur einige Haarbissverletzungen, während der Bauarbeiter schwere Verletzungen davon getragen hat.

Saare. Am 81. August, kurz nach 8 Uhr Abends, verunglückte der Bauunternehmer Gertig dadurch, daß ihm von dem Mörtelelauf der leere Mörtelstoffsack auf den Kopf fiel. Der Verleger war sofort tot. Der Aufzug war über einem Eingang des Neubaus angebracht; Schutzgerüst fehlte. Ein weiterer Unglücksfall ereignete sich bei den Unternehmern Wollpracht & Worman. Ein Maurer fiel durch die „Schubdecke“ von der zweiten in die erste Etage, wobei er einen Beinbruch erlitt. Hieraus ist ersichtlich, daß die Abdækung sehr mangelhaft gewesen ist.

Fa r m e n. Im hiesigen Orte wird in der Sobedstrasse vom Maurermeister Brandt hier selbst ein Neubau ausgeführt. Die Arbeit ist dem Polier Wodrich übertragen, der Vorsteher der „christlichen Organisation“ ist. Kaum hatten die Maurer am Morgen des 2. September die Arbeit aufgenommen, als Rüstung und Maurerwerk einzutragen und drei Männer von der Polsterrage der ersten Etage bis in den Keller mit sich trugen. Alle drei erlitten solche Verletzungen, daß sie nach Hause geschafft werden und das Bett hüten müssen. Die Schulb an diesen Unglücksfällen nur den Polier treffen. Einer der Balken der ersten Etage lag mitten auf einem Tür und einem Fensterbogen. Auf die Balken waren eßlich Bretter gelegt, die den Maurern als Rüstung dienen sollten. Diese Rüstung wurde nun auf Veranlassung des Poliers mit Mörtel und etwa 600 Mauersteinen belastet. Als nun die Maurer ihre Arbeit beginnen wollten, brachen die beiden Bogen, durch und die drei Maurer stürzten, da der Keller auch nicht abgedeckt war, etwa 7 m tief hinab, wo sie im Keller zwischen Steinen und Mörtel liegen blieben. Waren die beiden Bogen abgeskeift gewesen, hätte das Unglück nicht passieren können. Aber zum Absteigen gehört natürlich etwas Zeit und daran fehlt es den herren Polieren bei uns ja immer.

Osterfeld i. Westfalen. Am Neubau des Krankenhaus-
russische bei dem Verlegen einer Abwasserleitung am 31. August
ein Teil des Erdrechts zusammen. Ein Haftsarbeiter kam
unter den Erdmassen seinen Tod, während ein Maurer nur
leicht verletzt wurde. Die Mängelhaftigkeit der Absperrungen
soll das Unfall herbeigeführt haben.

soll das Unglück herbeigeführt haben.
Weiswöhrer. Ein bedauerlicher Unfall ereilte vergangenen Donnerstag, den 5. September, den Baustoffarbeiter Edmund Käsfag bei dem Bauunternehmer Paul Neder. Der Bedauernswerte führte mit einer Mulde Kast aus einer Höhe von 6 m in die Tiefe; er erlitt einen Bruch des Rückgrates und des Nasenbeins. Die Profitabilität des Unternehmers und die Freizeit jenes als Polster arbeitenden Bruders lassen es nicht zu, daß ein ordentlicher Gerüst gebaut werden kann. Es wurde ein junges Proletariätsleben vernichtet, denn an den Aufkommen des Berufsmannes wird gewispeilt.

* **Bauarbeiterkensch.** Kürzlich hat der 22. Verbandstag der deutschen Baugewerks-Veru^s-genossenschaften in Halle getagt und sich — wie nicht anders zu erwarten — auch mit dem Bauarbeiterkensch bezw. der Baukontrolle beschäftigt. Der als Guest anwesende Präsident des Reichsversicherungsamts ersuchte in dringenden Worten, der Unfallverhütung, dieser vornehmsten Aufgabe der Berufsgenossenschaften, die größte Sorgfalt abzenehen zu lassen. Herr Felsch war einerseits des Lobes voll, indem er erklärte, daß die Baugewerks-Berufsgenossenschaften den meisten der gewöhnlichen Berufsgenossenschaften in der Betriebsüberwachung voraus seien; anderseits sprach er aber bestimmt aus, daß die Baugewerks-Berufsgenossenschaften den Arbeiterschuh noch weiter ausbauen müßten. Nach einstimmigem Besluß der Versammlung wird den Berufsgenossenschaften empfohlen, eine Vermehrung der technischen Aufsichtsbeamten in dem Umfang vorzunehmen, daß alljährlich mindestens 90 p^t. aller vorhandenen Betriebe einer Revision unterzogen werden können.

Neubau unterzogen werden können.

Die kurzen Berichte, die bisher in den baugewerbl. Unternehmerzeitungen über den Berufsgenossenschaftstag veröffentlicht wurden, lassen nicht erkennen, ob sich die Versammlung auch mit der von den Arbeitern geforderten Baukontrolle beschäftigt hat. Wenn es geschehen ist, dann bestimmt in ablennendem Sinne. Läuft doch jetzt wieder die Mitterteilung durch die Presse, daß einige Baugewerbs-Berufsgenossenschaften immer noch das unsinnige Zeug über das Ziel der Arbeiterkontrolle verbreiten. Das wird unsere Organisationen natürlich nicht ablehnen, immer erneut und mit immer größerem Nachdruck die Forderung nach Ausstellung von Arbeitern zur Ausübung der Bau-

kontrolle zu erheben. Die bisher regelmäig, oder gelegentlich veranstalteten Erhebungen über den Zustand der Bauten dienen aber auch in der Folgezeit nicht vernachlässigt werden. Wenn die Berufsgenossenschaften in Zukunft ihre Pflichten besser als bisher erfüllen werden, die Arbeiter die letzten sein, das nicht anerkennen zu wollen. Beschlüsse, daß es besser werden soll, und Behauptungen, daß es besser geworden ist, genügen allein aber nicht. Wir müssen Taten sehen. Und ob es in der Tat besser geworden ist mit dem Gerüstbau und allen baulichen Einrichtungen, darüber sind die Arbeiter, die unter den Missständen leiden, die kompetentesten Beurteiler. Sie vor allen müssen darum auch das Recht und die Pflicht haben, in gewissenhafter Weise durch öftere Kontrollen den Zustand auf den Bauten zu erforschen und etwaige Missstände aufzudecken.

* Das deutsche Baugewerbe und der Besitzungs-
nachweis. Zu diesem Thema weist die „Mittelstandes-
korrespondenz“ auf unserer Tafelblätter hin, die auch wir schon
hier in den Kreis unserer Betrachtungen eingeschlossen haben:

„Im Baugewerbe haben sich in den größeren Städten große Bauunternehmungen entwickelt, die längst über den Umfang und die Eigenschaft des Handwerksbetriebes hinaus gewachsen sind. Und diese größeren Bauunternehmungen vereinigen sowohl gesetzliche als Baugewerbezweige in sich, daß es völlig unmöglich ist, von den Inhabern oder Leitern solcher Betriebe einen Befähigungsnachweis für alle die verschiedenen technischen Fähigkeiten zu verlangen. Ein Befähigungsnachweis einer Person für alle Baugewerbezweige — man denkt an Wasserbauten, Eisenbauten, Hochbauten, Brückenbauten mit allen ihren Berechnungen und Konstruktionen — gehört technisch zur völligen Unmöglichkeit. Wollte man aber den Befähigungsnachweis im Baugewerbe teilen und ihn auf einzelne Zweige beschränken, wie auf das Maurerhandwerk, Zimmerhandwerk, Steinmetzhandwerk, auf die Hochbauten, Wasserbauten, Brückenbauten usw., so liegt es auf der Hand, daß ein in diesen einzelnen Zweigen abgelegter Befähigungsnachweis nicht die mindeste Garantie für genügende Kenntnisse in den anderen Baugewerbezweigen bietet. Der partielle Befähigungsnachweis läßt jedoch weder vor Pauschalur noch vor Unfällen im Baugewerbe, während gerade der neue Gesetzesentwurf die Möglichkeit bietet, unzulässige Personen aus dem Baugewerbe zu entfernen. Es steht daher zu erwarten, daß die Regierung in Betracht dieser Gründe, die auch ebenso gegen die Einführung des allgemeinen Befähigungsnachweises für das übrige Handwerk sprechen, an ihrem „Niemand“ das ja diesen Forderungen bis jetzt stets entsprach hat, festhalten wird.“

Wir möchten noch darauf hinweisen, daß der Befähigungs-
nachweis in Wissenschaft von den Büffaltern, gar nicht gefordert
wird zu dem Zweck, Pfuschertum und Unfälle zu verhüten.
Das ist nur Vorwand, hinter welchem der Anspruch auf
ein Erwerbsprivilegium sich verbirgt.

Aus Unternehmerkreisen.

* Unternehmer-Territorium. Kürzlich ging die Notburg die Presse, daß der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Köln folgende Weisung an seine Mitglieder habe ergehen lassen:

"Infolge der von den Arbeitgeberverbänden in Aachen, Berlin, Grefeld u. w. gemachten Mitteilungen, daß in Köln eine Anzahl Arbeiter aus diesen Orten, die sich im Bohrkranfach befinden, beschäftigt würden, hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Köln eine persönliche Revision der Rollenliste kaum. Den Anwohnernorten bei seinen Mitgliedern durch

beginn der Instandsetzungen der jenseitig eingesetzten durch den Geschäftsführer vornehmen lassen, die über acht Tage in Anspruch nehmen. Es mußte leider konstatiert werden, daß sieben streitende Arbeiter in Köln eingetragen worden waren, die aber nach der Revision sofort zur Entlassung kamen. Mit Rücksicht hierauf möchten wir empfehlen, an allen Orten beratige persönliche Rezipienten vornehmen zu lassen, die hierdurch den Ausständigen es immer mehr und mehr erleichtert wird, anderswo in Arbeit zu kommen.

Einige Parteiorgane kündigten daran folgende Bemerkungen:

„Ein Terrorismus in jeder Form ist uns noch nicht bekannt geworden. Nachdem die schwärzer Listen so vielfach ihren Zweck verfehlten, nimmt sich der Unternehmerverbund einfach heraus, ehemalsmäßig in die Betriebe und Büros einzudringen, dann seine Abgesandten nach belieben schalten und wälzen können. Die Arbeiter, die arbeiten wollen, müssen aus der Beschäftigung geworfen werden, so will es die Majorat des Unternehmerverbundes. Und da sagen die Unternehmer noch, „sie feiern Herren im eigenen Hause!“ Mit der Selbstberleidlichkeit des Kölner Bourginnernehmers muß es ja schon weit gefommen sein, der „Exekutiv“ des Unternehmerverbundes bemüht sich in jedem Büro, nimmt Revisionen der Bücher vor, prüft die Arbeitslisten und die Entlassungsarbeiten und verfügt dann die sofortige Entlassung derjenigen Arbeiter, die aus Streitgebieten kommen. Die organisierten Unternehmer haben dabei recht mancherlich unruhig zu sein; das Anschwärmen, wie sie es Arbeiten gegenüber stellten, müssen sie höchst unterlassen. Was der Verbandsgegutachten

für gut befindet; muß unbedingt ausgeführt werden.“
Wir haben uns über das Vor gehen des Cöln er Unternehm verbandes gar nicht ausgeregelt. Es ist nicht neu, sondern entspricht einer seit Jahren ausgegebenen Parole des „Arbeits gebundes für die Deutsche Reich“; und es ist auch lange nicht der schlimmste Terrorismus, den die Unternehm

Die Kreisfieber-Mitglieder des „Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe“ — um nur ein Beispiel anführen zu können — sind schon einen Schritt weitergegangen. Sie haben nämlich gesetzlich vorgeschrieben, wie die Invalidenkarten der Arbeitnehmer einzusehen und rüsten sich dessen nach. Von zwei Seiten, aus Lachen und Gummiersbach, wurden uns Schriftstücke eingesandt, die beide die gleiche Sache betreffen und wie folgt lauten:

gewerbe des Stadt- und Landkreises Kreisfeld sind baselbst f. dem 20. Juli d. J. 542 Bauarbeiter ausständig. Wir ersuchen

ergeben, Arbeiter aus dem Kreisfelder Bezirk bis auf weiteres nicht einzustellen, und machen darauf aufmerksam, daß der Entwertungsstempel der Invaliditätskarten bei Kreisfeld streikenden Arbeiter mit der Nummer 41 versehen ist. Es wird höflich gebeten, auf diese Nummer genau zu achten und die Arbeiter mit solchen Karten nicht einzustellen."

Wir haben uns im Verlaufe der Jahre an die wunderlichsten Dinge im preußisch-deutschen „Reichsstaat“ gewöhnt. Wir haben es sogar verlernt, uns darüber zu wundern, doch das Kaiserliche Wort von der „höchsten Strafe dem, der einen anderen an freiwilliger Weise hindert, nur gegen die Arbeiter, nicht aber gegen die Unternehmer geltend gemacht wird. Nun aber sind wir doch gespannt, ob der Staatsanwalt in dem oben gezeigten Falle seine Wölfe lädt wird; denn hier handelt es sich um öffentliche Gesetzesverbrechen.

Aus anderen Berufen.

* **Drohender Bergarbeiterstreik in der Niederlausitz.** Um Senftenberg herum, in der Mark Brandenburg, liegen mächtige Braunkohlenlager, und es hat sich dort eine blühende Brüterindustrie entwickelt. Das vorläufige Kohlenrevier gilt aber in Bezug auf Arbeitszeit, Lohn, Behandlung der Arbeiter, Wohnungslage usw. als eines der rückständigsten in ganz Deutschland, was hauptsächlich daran liegt mag, daß der weitaus größte Teil der in den Gruben beschäftigten Arbeiter Ausländer sind; nur der vierte Teil von etwa 10 000 Beschäftigten sind Einheimische. Schlecht ist die Unzufriedenheit der Arbeiter aber doch zum Überlaufen gekommen und auf mehreren Werken haben die ganzen Belegschaften, zum Teil auch die Fabrikarbeiter, gefündigt. Auf der Grube „Bollsdampf“ bei Drebau probierte die Verwaltung den sofortigen Ausstand indem sie den Vertrauensmann der Arbeiter entließ und ihn ohne Papiere und Lohn durch Gendarmen vom Hofe bringen ließ. Darauf legten die Kameraden den Gemeinsatzgegenstand sofort die Arbeit nieder. — Vater Stahl, der mit Worsten von Wohlwollen für die Arbeiter förmlich triefst, hat jetzt wieder nichts eiligeres zu tun, als Gendarmen zum Schutz des „bebroteten Kapitals in das Atelier zu entsenden.

Ausland.

* **Deutsche Streitbrecher in Antwerpen.** Die deutsche englische Streitbrecherüberlührung, die im Frühjahr d. J. den Streit der Hamburger Hafenarbeiter und im Sommer der Streit der Seelenteu zu nicht mache, findet nun in Antwerpen ihre Fortsetzung. Seit mehreren Wochen schwieben Differenzen zwischen den Hafenarbeitern und den Handelsbehörden. Die Korn- und Holzstädte sollten mit einer Lohnreduktion bedacht werden, wogegen sie sich natürlich wehrten; unterstellt wurden sie von den übrigen Hafenarbeiterbranchen. Daraufhin ordneten die Niederl. am 29. August die Aussperrung von 800 Arbeitern an. Alsbald waren einige tausend englische Streitbrecher an Platze, die zum großen Teil die Arbeit aufzunehmen oder soweit sie sich vorläufig wegen des drohenden Gefahren verdrängt zu werden, meinterten, bis auf weiteres auf Schiffen verdeckt gehalten wurden. Den Engländern haben sich nun mehrere Hundert Deutsche d. e. zugefügt, die gleichfalls das Streitbrecherhandwerk betreiben wollten oder wollten. Ungefähr 300 unserer „Landsleute“ sollen sich nämlich geweigert haben die Arbeit zu beginnen, freilich erst dann, nachdem sie eine freundliche Aufnahme gefunden haben, daß mehrere das Hospital aufsuchen müssten. Die nun Neue und Schwang empfunden durch ihren Streitbrecherberuf, oder die nicht die Courage haben, die Arbeit aufzunehmen jähren nun sie seitens unter Vorbehaltung fälliger Tatsachen, unter Verhinderung der Aussperrung z. nach. Antwerpen gelöst worden. Ist das natürlich gelegen? Jeder Mensch mit fünf Sinnen weiß, ohne daß er eine Zeitperiode, das irgend etwas nicht klar ist; wenn Maßen von Arbeitern

* **Die Gewerkschaftspolitie in Russland.** Der Sturm der Verfolgungen, den die Regierung gegen die Gewerkschaften entföhrt hat, hat auch die Gewerkschaftspreise nicht unberührt gelassen. Die Gewerkschaftspreise dateriirte seit den verblüffenden "Freiheitstagen" im Oktober 1905, wo in kurzer Zeit in Petersburg allein 40 Gewerkschaften und mit ihnen die ersten Gewerkschaftsblätter entstanden. Die blutige Reaktion, die nach der Unterdrückung des Decembristaufstands einsetzte, vernichtete fast alle Gewerkschaften und kostete natürlich die Gewerkschaftsblätter auch. Erst im Frühjahr 1906, vor Einberufung des ersten Duma, machte sich eine Belebung der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar, die durch den allgemeinen Aufschwung der politischen Lebens herborgerungen wurde. Die Belebung der Gewerkschaftsbewegung führte überjects zum Aufzwingen der Gewerkschaftsabreise, während dieser Zeit entstanden 15 Gewerkschaftsblätter.

Gewerkschaftspresse: während dieser Zeit entstanden Gewerkschaftsblätter (über 26.3 Bdt. der Gesamtzahl). Seit dieser Zeit hat sich die ununterbrochene Entwicklung der Gewerkschaftspresse ebenso wie die Gewerkschaften von ungängigen, hilflosen Vereinigungen zu den wichtigsten Verfolgungen hingemacht wurde.

Die vor der Einberufung der zweiten Duma eingetretene Belebung wirkte auch auf die Gewerkschaftspresse ein. Von November 1905 bis zum Februar 1907 – zur Zeit, wo eine Reihe Gewerkschaftskonferenzen abgehalten und Vorbereitungen für neue getroffen wurden – entstanden 33 Gewerkschaftsblätter (46 Bdt. der Gesamtzahl).

Ihre höchste Entwicklung fand die Gewerbeschäftspreise Petersburg, wo fast die Hälfte aller Gewerbeschäftsblätter erschienen ist. Einige von ihnen gingen — hauptsächlich infolge der Repression — nach den ersten Rückwärtsen ein, dagegen wannen andere, wie z. B. „Der Metallarbeiter“, „Das Leben des Buchdruckers“, „Der Schneider“ usw., festen Boden und finden gegenwärtig nicht nur in Petersburg, sondern in ganzer Reichsweite Verbreitung. An zweiter Stelle folgen auf Petersburg 18 Gewerbeschäftsblättern. Die übrigen 19 sind

gewöhnlich nach den ersten Nummern aufgehoben wurde.

Mit den Gewerkschaften zugleich von der Revolution geboren, sind die Gewerkschaftsältester von ihrem Griffe erfasst und stehen auf dem Boden des proletarischen Klassenstaates und unter dem überwiegenden Einfluß der Sozialdemokratie, die fast allein in den Gewerkschaften arbeitet. Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung, die unter entwidmeten Beziehungen entstand und sich gebunden, unverzüglich an die Wöhne einer ganzen Reihe wichtiger Fragen zu schreiten, machte sie natürlich auch in der Gewerkschaftsarbeit geltend. Es verdient z. B. der Beachtung, daß von

